



# **Ursachen des Irak-Krieges**

## **- Konsequenzen für die Friedensarbeit -**

**Verfasst von der**

**AG Kriegsgründe: Dirk Natusch**  
**Elke Almut Dieter**  
**Helmut Käss**  
**Matthias Breuer**  
**Orhan Sat**  
**Ulrike Meyer**  
**Ute Lampe**

**Braunschweiger Bündnis für den Frieden**  
**AG Kriegsgründe**  
**Kontakt: Dr. U. Lampe**  
**e-mail: ute2\_lampe**

## Inhaltsverzeichnis

<u>1</u>	<u>Historischer Abriss des mittleren Ostens – oder der Weg in den Irakkrieg</u>	4
<u>1.1</u>	<u>Die Islamisch-Arabische Region seit 1945</u>	4
<u>1.2</u>	<u>Der Iran</u>	4
<u>1.3</u>	<u>Der erste Golfkrieg</u>	5
<u>1.3.1</u>	<u>Der Irak</u>	5
<u>1.3.2</u>	<u>Krieg mit dem Iran</u>	6
<u>1.4</u>	<u>Der zweite Golfkrieg</u>	6
<u>1.4.1</u>	<u>Friedensbedingungen - Sanktionen</u>	7
<u>1.5</u>	<u>Der Mittlere Osten im Ost-West-Konflikt</u>	8
<u>1.5.1</u>	<u>Afghanistan</u>	8
<u>1.5.2</u>	<u>Das Interesse der USA an Afghanistan und Irak</u>	9
<u>1.6</u>	<u>Der dritte Golfkrieg</u>	10
<u>1.7</u>	<u>Der Fall Nordkorea</u>	11
<u>2</u>	<u>Die eigentlichen Kriegsgründe</u>	12
<u>2.1</u>	<u>Die Bedeutung des Kapitalismus bei der Entstehung von Kriegen</u>	12
<u>2.1.1</u>	<u>Der zwangsweise Rückgang der Profirate durch Rationalisierung</u>	13
<u>2.1.2</u>	<u>Konkurrenz der Monopole</u>	13
<u>2.1.3</u>	<u>Finanzpolitische und geostrategische Interessen</u>	15
<u>2.2</u>	<u>Sicherung der Ressourcen – Sicherung der Energie</u>	16
<u>2.2.1</u>	<u>Öl bestimmt die Weltwirtschaft</u>	16
<u>2.2.2</u>	<u>Sicherung der Energieressourcen durch die USA</u>	16
<u>2.2.3</u>	<u>Machtpolitik um die Sicherung der Pipelines</u>	18
<u>2.2.4</u>	<u>Sicherung der Ressourcen im Irak</u>	20
<u>2.2.5</u>	<u>Sicherung des Standortes „Naher Osten“</u>	20
<u>2.3</u>	<u>Sicherung der Ressourcen im Interesse der - EU Die Rolle der EU und der Bundesrepublik im Irakkrieg</u>	21
<u>2.3.1</u>	<u>Versorgungssituation der EU</u>	21
<u>2.3.2</u>	<u>Einfluss des Erdölpreises</u>	22
<u>2.3.3</u>	<u>Die Ölreserven im Kaspischen Becken und ihre Bedeutung vor dem Hintergrund der Verteidigungspolitischen Richtlinien</u>	23
<u>2.3.4</u>	<u>Folgen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik</u>	24
<u>2.4</u>	<u>Macht und Vormachtstreben</u>	26
<u>2.4.1</u>	<u>„Die historische Verpflichtung“</u>	26
<u>2.4.2</u>	<u>Die Demokratisierung des Nahen Ostens</u>	27
<u>2.4.3</u>	<u>Die internationale Herausforderung oder der Zwang zur Selbstjustiz</u>	28
<u>2.4.4</u>	<u>Die Wirtschaft der USA</u>	29
<u>2.4.5</u>	<u>Die Mittel zur Sicherung und zum Ausbau der Macht</u>	29
<u>3</u>	<u>Propagandistische Nebelkerzen – oder die Verschleierung der eigentlichen politischen Ziele</u>	32
<u>3.1</u>	<u>„Bushs Begründung für den Krieg enthüllt.“</u>	33

<a href="#">4</a>	<a href="#">Konsequenzen für die Friedensarbeit</a> .....	37
<a href="#">4.1</a>	<a href="#">Kapital braucht demokratische Kontrolle</a> .....	37
<a href="#">4.2</a>	<a href="#">Die Rolle der UNO heute nach den Erfahrungen des dritten Irakkrieges</a> .....	39
<a href="#">4.3</a>	<a href="#">Der Trend zur Militarisierung</a> .....	42
<a href="#">4.3.1</a>	<a href="#">Atomwaffen</a> .....	42
<a href="#">4.3.2</a>	<a href="#">Die Nutzung von Privatfirmen in der militärischen Verteidigung</a> .....	43
<a href="#">4.3.3</a>	<a href="#">Die Militarisierung Europas</a> .....	43
<a href="#">4.4</a>	<a href="#">Ursachen des Terrorismus</a> .....	45
<a href="#">4.4.1</a>	<a href="#">Armut und mangelnde Entwicklung</a> .....	45
<a href="#">4.4.2</a>	<a href="#">Politische Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens</a> .....	46
<a href="#">4.4.3</a>	<a href="#">Auswirkungen auf das internationale, politische Engagement</a> .....	47
<a href="#">4.4.4</a>	<a href="#">Auswirkungen für die Menschenrechte</a> .....	47
<a href="#">4.5</a>	<a href="#">Bündnisverpflichtungen und die Rolle der Bundeswehr</a> .....	50
<a href="#">4.5.1</a>	<a href="#">Bündnisverpflichtungen</a> .....	50
<a href="#">4.5.2</a>	<a href="#">Die Rolle der Bundeswehr</a> .....	51
<a href="#">4.6</a>	<a href="#">Die Energiewende</a> .....	53
<a href="#">4.6.1</a>	<a href="#">Einsparen fossiler Brennstoffe durch eine Energie- und Verkehrswende</a> .....	53
<a href="#">4.6.2</a>	<a href="#">Senkung der Kohlendioxidemissionen</a> .....	53

# **1 Historischer Abriss des mittleren Ostens – oder der Weg in den Irakkrieg**

## **1.1 Die Islamisch-Arabische Region seit 1945**

Nach dem 2. Weltkrieg ging die Macht in den arabischen Staaten, die unabhängig bzw. voll souverän wurden, in der Mehrzahl zunächst an eine kleine, europäisch gebildete und an Europa orientierte Elite über. Aufgrund einer, während der Kolonialzeit, vernachlässigten Bildungs- und Erziehungspolitik in den arabischen Staaten fehlten qualifizierte Fachkräfte für die Verwaltung und Entwicklung der Länder. Die Entwicklung von Infrastruktur und Industrie erfolgte mit Hilfe der Großmächte, wodurch sie sich den Zugriff auf das Öl im Nahen Osten sicherten. Die Briten kontrollierten das iranische (persische), die USA das saudische Öl. Das irakische Öl teilten sich Amerikaner und Briten.

Das rasche Bevölkerungswachstum und die ungleiche Ressourcenverteilung, insbesondere die ungleiche Verteilung der Erdölreserven, verschärften die ungleichen Entwicklungsbedingungen innerhalb der Region.

Die strategische Bedeutung der Region für die Sicherung der Kommunikationslinien des britischen Weltreiches nahm nach 1945 rasch ab. Da in der Region jedoch 60% der nachgewiesenen publizierten Erdölreserven der Welt lagern, dehnen die USA und die Sowjetunion seit den fünfziger Jahren ihren Einfluss ständig aus, wobei sie sich intraregionale Konflikte zunutze machen wie beispielweise den arabisch-israelischen Konflikt oder die Spannungen zwischen Fortschrittlichen und Konservativen. (Erdölreserven: 1996: 69% der Weltreserven allein in Saudi-Arabien, Irak, Iran, Kuwait und Vereinte Arabische Emirate)

Die wachsende Abhängigkeit der USA, Westeuropas und Japans vom Mittelost-Öl verstärkte, trotz der Entspannung im Ost-West-Konflikt, die Großmachtinteressen in der Region und erhöhte das Konfliktpotential. Die Unabhängigkeit der arabischen Staaten hob darum die westliche Vormachtstellung zunächst nicht auf. Die meist konservativ-feudalistischen Regierungen fanden sich zu Abkommen mit dem Westen bereit, die dadurch hofften, den Mittleren Osten zumindest indirekt kontrollieren und ihre wirtschaftlichen und militärpolitischen Interessen wahren zu können.

Gegen die verschleierte Abhängigkeit vom Westen, gegen Militärbasen und ausländische Konzerne, v.a. die Ölgesellschaften, und gegen die konservativen Eliten, deren Interessen sich mit denen des Auslandes verbanden, regte sich Widerstand junger Intellektueller und Militärs. [1a]

## **1.2 Der Iran**

Unter dem Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh wurde das iranische Öl verstaatlicht. Ein Abkommen mit der Anglo-Iranischen Ölgesellschaft ( AIOC ) scheiterte. Die USA unterstützte mit Hilfe des Geheimdienstes und mit Waffenlieferungen einen Putsch im

Iran: Die demokratische Regierung Mohammed Mossadeghs wurde von der Armee gestürzt, Schah Resa Pahlewi als westlicher Garant für die Sicherheit der Erölregion kam an die Macht. Unter seiner Gewaltherrschaft vollzog der Iran einen prowestlichen Kurs und privatisierte die Ölfelder. Die nationale iranische Ölgesellschaft (NIOC) übernimmt die Versorgung des Binnenmarktes, Konzession an ein internationales Konsortium aus 8 Ölkonzernen. Schah Resa bekam umfangreiche Wirtschafts- und Militärhilfe von den USA und setzte Reformen durch, stieß jedoch auf breiten Widerstand der Großgrundbesitzer, der Intellektuellen und der schiitischen Geistlichkeit. 1973 schloss er ein Abkommen mit dem internationalen Erdölkonsortium, verstaatlicht die Ölindustrie und verschaffte sich mit Ölpreissteigerungen (1973/74) die Mittel für ein ehrgeiziges Entwicklungsprojekt des Landes. Folgen der raschen Entwicklung zum Industriestaat waren eine extrem ungleiche Verteilung, Massenarmut, Arbeitslosigkeit und eine hohe Inflationsrate. Das stärkte die von Intellektuellen getragene Opposition gegen den Schah. Im Februar 1979 brach das Regime zusammen.

Ayatolla Khomeini kam aus dem französischen Asyl zurück. Es folgten innenpolitische Unruhen, Vertreibung der ausländischen, zumeist westlichen Experten, eine Islamisierung der Gesellschaft. Nach einer Volksabstimmung proklamierte Ayatolla Khomeini die "Islamische Republik Iran". Er schuf einen islamischen Gottesstaat, der sich dem Westen abgewandte und mit der Sowjetunion kooperierte. Präsident Ronald Reagan wollte militärisch eingreifen, scheiterte aber am nuklearen sowjetischen Flottenverband. Laut Presseberichten bestehen seit 1979 keine diplomatischen Beziehungen mehr zwischen dem Iran und den USA . [1b, 2]

Die Macht der Mullahs, Ayatollah Chamenei und die religiöse Elite erlitten einen herben Rückschlag durch die Wahl Mohammed Chatamis zum Präsidenten im Jahre 1997. Er wurde von 88% der Bevölkerung gewählt, verbunden mit der Hoffnung auf Reformen. Studentenproteste von 1999 führten zum Teheraner Frühling. Neue Zeitungen, Kunst und Literatur blühten auf, bis im April 2000 die iranische Justiz mit Verboten und Verhaftungen wieder zur alten Macht der Mullahs zurückführte. Präsident Chatami ist faktisch entmachtet, das Parlament unter der Kontrolle der Geistlichkeit. Erneute Unruhen unter den Studenten werden nach Meinung der iranischen Regierung von der US-Regierung ausgenutzt und gesteuert, um einen Regimewechsel zu erreichen.

### **1.3 Der erste Golfkrieg**

#### **1.3.1 Der Irak**

Der Irak ist seit 1932 unabhängig. Durch innenpolitische Machtkämpfe und Auseinandersetzungen mit Syrien und Iran sowie durch die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden im Norden ist das Land jedoch stark gezeichnet. 1980 erklärt sich Irak zur Präsidialrepublik mit der Arabisch-sozialistische Baath Partei als stärkste Partei.

Seit der Gründung der IPC (Iraq Petroleum Company) 1952 ist der Irak mit 50 % am Gewinn der Ölverkäufe beteiligt, jedoch ohne Einflussmöglichkeiten auf die Fördermenge

sowie die Export- und Preispolitik. Mit der Verstaatlichung 1972 beginnt mit Hilfe der Sowjetunion und des französischen Staatskonzerns Elf/ERAP der Aufbau eines nationalen Ölsektors.

Aufgrund von Unstimmigkeiten in der Afrikapolitik verschlechtern sich ab 1978 die Beziehungen zur Sowjetunion. Es erfolgt ein Bruch mit der kommunistischen Partei Iraks, was zu einer Stärkung der Baath Partei und der Machtübernahme Saddam Husseins führt. [1c]

### **1.3.2 Krieg mit dem Iran**

Wegen Streitigkeiten um die Grenzziehung im Schatt-al-Arab greift der Irak unter der Führung von S. Hussein im September 1980 den Iran an. Er erhält dabei Unterstützung aus Saudi-Arabien und damit indirekt auch von USA.

Die Gründung und Entwicklung eines islamischen Gottesstaates im Iran führt zum Seitenwechsel der USA und zur Aufrüstung des Nachbarstaates Irak. Der Irak wurde unter der Führung von S. Hussein bewaffnet und der Krieg gegen den Iran betrieben. Zbignew Brzezinski, US-amerikanischer Abgeordneter in der UNO, rief im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den Irak in aller Öffentlichkeit auf, den Iran anzugreifen und sich den Schatt-al-Arab zurückzuholen, um dem sowjetischen Einfluss auf den Ayatollah Khomeiny Einhalt zu geben. [3a]

Nach einem langen und verlustreichen Krieg, in dem Giftgas gegen die kurdische Stadt Halabja und C-Waffen bei der Eroberung der Halbinsel Fao eingesetzt wurden sowie oppositionelle Schiiten und Kommunisten bekämpft wurden, waren beide Staaten hoch verschuldet und brauchten ihre Ölquellen zum Aufbau des eigenen Landes. Die Ölquellen waren weiter in staatlicher Hand, der Westen weiterhin an der Region interessiert.

## **1.4 Der zweite Golfkrieg**

1990 erklärt der Irak unter dem Präsidenten S. Hussein, eine „strategische Parität“ mit Israel herzustellen und im Falle eines nuklearen Angriffs auf den Irak binäre chemische Waffen einzusetzen. Die Kontroverse mit den USA und Israel um die irakische Rüstung verschärft sich.

Die Lage im Irak spitzt sich zu. Der Irak hat aufgrund des langen Krieges mit dem Iran hohe Schulden und ist darauf angewiesen, Öl an den Westen zu verkaufen. Er warf den anderen Golfstaaten vor, einen Wirtschaftskrieg gegen den Irak zu führen.

Kuwait beschuldigte er, durch Schrägbohrungen irakisches Öl zu fördern. Woraufhin mit Wissen und Duldung der amerikanischen Botschafterin er in Kuwait einmarschierte.

Vom 2. bis 6. August 1990 erfolgt die Besetzung und Annexion Kuwaits als 19. Provinz durch den Irak. Der UN-Sicherheitsrat verurteilt den Einmarsch als Übergriff auf ein Dritt-

land (Resolution 660) und verhängt Sanktionen (Resolution 661) gegen Irak. Im Auftrag der UN im Januar 1991 greifen unter der Führung der USA und mit der Unterstützung von Anrainerstaaten eine alliierte Koalition aus USA, Australiern, Franzosen und Briten militärisch ein. In der Operation Wüstensturm schlagen sie die irakische Armee vernichtend und dringen in den Süden des Landes vor.

Im Februar 1991 einigen sich die USA und der Irak auf einen Waffenstillstand. Die Kampfhandlungen gehen jedoch weiter, in deren Verlauf im März Tausende irakischer Soldaten von der 24. US-Infanteriedivision getötet werden. S. Hussein blieb an der Macht. Der amerikanische Geheimdienst CIA hat zwar parallel einen Kurden- und Schjiitenaufstand mit vorbereitet, entzieht den Aufständischen aber im entscheidenden Moment die Unterstützung. Der Aufstand wird von den republikanischen Garden niedergeschlagen und Tausende beteiligter Iraker hingerichtet.

Aufgrund der zunehmenden Verschlechterung der Versorgungslage im Land wird dem Irak in der Resolution 706 (1991) erlaubt, zur Sicherung des Grundbedarfs in der Bevölkerung eine begrenzte Menge an Öl zu verkaufen. In der Resolution 986 vom April 1995 wird dieses Angebot über das "oil-for-food" Programm fortgeschrieben. [3b]

#### **1.4.1 Friedensbedingungen - Sanktionen**

Am Ende diktieren die US-Amerikaner die Friedensbedingungen: Sie halten den Präsidenten S. Hussein, da sie an einer säkularen Macht interessiert sind und an einem Gegengewicht zu dem schiitischen Gottesstaat im Iran. Sie fürchten den religiösen Fanatismus der Schiiten und einen zunehmenden Einfluss der antiamerikanisch eingestellten Iraner. Auf Betreiben der USA verhängt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein Embargo über den Irak mit Einfuhrkontrollen über alle Rüstungsgüter sowie Reparationszahlungen an Kuwait und die USA (Resolution 661). Mit dem Ziel der Entwaffnung werden Waffeninspektoren der UNO (Leiter: Scott Ritter) in das Land entsendet (Resolution 687).

Im November 2001 beschließt der UN-Sicherheitsrat eine Verlängerung des Programms „oil-for-food“ bis Mai 2002. Die Auswirkungen der Sanktionen führte zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung. Der Mangel an sauberem Trinkwasser hat laut Unicef dazu geführt, dass die Rate der Kindersterblichkeit von 56 auf 131 von tausend Kindern angestiegen ist. Eine weitere Folge ist der Zusammenbruch des Arbeitsmarktes, so dass viele Familien über kein Einkommen verfügen und auf Hilfsgüter angewiesen sind. Auf die Machtelite um den Präsidenten S. Hussein haben die Sanktionen keine Auswirkungen, da sie vom Handel mit illegalen Erdölausfuhren profitieren. [4]

Daneben beherrscht der Präsident S. Hussein und sein Familienclan mit grausamem Terror das Land. Das Ziel des Embargos, das Volk gegen den Diktator aufzuwiegeln, wurde nicht erreicht.

Scott Ritter ist von 1991 bis 1998 als UN-Waffeninspekteur im Irak. Nach seinen Angaben ist das Waffenpotential im Irak zu 90 bis 95% von den Vereinten Nationen zerstört wor-

den. Nach Manipulationen und nachgewiesener Spionage durch die USA werden die Kontrolleure 1998 von der irakischen Regime aus dem Land ausgewiesen. Nach einem Bericht des UNSCOM Leiters Richard Butler über die mangelnde Kooperationswilligkeit des Irak bei der Aufspürung verborgener Produktions- und Lagerstätten von Massenvernichtungswaffen beginnt die Operation Wüstenfuchs. Später kommt heraus, dass er den Bericht in Abstimmung mit Sandy Berger, dem Vorsitzenden des nationalen Sicherheitsrates, geschrieben hat, um einen Vorwand für den Krieg zu liefern. UNSCOM-Mitarbeiter sollen zudem das Pentagon über strategische Ziele informiert haben. [5]

## **1.5 Der Mittlere Osten im Ost-West-Konflikt**

### **1.5.1 Afghanistan**

Afghanistan ist ein islamischer Staat, dessen Bevölkerung zu 40% aus Paschtunen, 25% Tadschiken 15% mongolstämmiger Hesoren (Hazara), 5% Usbeken, sowie weiteren Minderheiten wie Balutschen, Turkmenen, Kirgisen u.a. besteht. Das Land, ehemals britische Kolonie, wird 1919 in die Unabhängigkeit entlassen. Mohammed Zahir Shah übernimmt als Monarch die Regentschaft, wird aber 1973 durch einen Militärputsch abgelöst und geht ins Exil. Afghanistan wird zur Republik. Im Jahre 1978 führt die „Saur“-Revolution zur Einrichtung einer Demokratischen Republik in Afghanistan, die von einem kommunistischen Regime geführt wird. Daraufhin bilden sich Widerstandsbewegungen im ganzen Land.

Die Rote Armee greift im Dezember 1979 in Afghanistan ein und versucht, die Regierung zu stützen. Babrak Karmal wird als Premierminister eingesetzt. Die USA haben ein Interesse, das Gleichgewicht der Kräfte wieder herzustellen und müssen im Interesse der Blockpolitik handeln. Aus Angst vor einem atomaren Krieg weichen sie einer direkten Konfrontation aus und führen statt dessen einen Stellvertreterkrieg. Sie unterstützen die afghanischen Mudschaheddins und andere arabische und pakistanische Gotteskrieger, darunter die Taliban, die gegen die Rote Armee kämpfen. (Dschihad gegen die sowjetische Besatzungsmacht).

Nach dem Rückzug der sowjetischen Armee 1989 bricht ein Bürgerkrieg zwischen den verfeindeten Mudschaheddin-Gruppen aus. Die nach den Friedensverhandlungen 1992 aufgebaute Herrschaft der Mudschaheddin und die Proklamation der Islamischen Republik Afghanistan bedeuten keine Sicherheit. Der Bürgerkrieg geht weiter. Die von Pakistan unterstützten Taliban greifen in den Konflikt ein, erobern die Hauptstadt Kabul und rufen das Islamische Emirat Afghanistan aus. Der pakistanische Geheimdienst ISI und der US-Geheimdienst CIA arbeiteten eng zusammen.

Die Taliban sind nicht wirklich pro-amerikanisch. Sie machen keinen Unterschied zwischen den westlichen Nationen, zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Ihr mittelalterlicher Fundamentalismus richtet sich gegen die westliche Moderne insgesamt. Noch bis 1998/99 unterhalten die USA Beziehungen zu den Taliban mit ihrem Führer Mula Omar

und Bin Laden. Für die Ausbildung von Widerstandskämpfern der UCK und der Tschetschenen nutzen die USA zudem die Ausbildungslager in Afghanistan. [6a]

Hauptziel der USA war, das Taliban-Regime zu konsolidieren und sich so den Zugang zu den zentralasiatischen Ölreserven zu sichern. Bis Anfang 2001 sahen die USA die Taliban als eine ‚Quelle der Stabilität‘ in Zentralasien an, die den Bau einer Pipeline durch Afghanistan und Pakistan ermöglichen würde, durch die eine Verbindung von den Ölfeldern Turkmenistans, Kasachstans und Usbekistans zum Indischen Ozean bestünde. Aufgrund der Weigerung der Taliban auf die US-Konditionen einzugehen, wandeln sich die energiepolitischen Anstrengungen in militärische Aktivitäten. [6b]

Nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York wird das Taliban-Regime, das von den USA zuvor unterstützt und bewaffnet worden war, aufgrund seiner nachgesagten Verbindungen zu Osama Bin Ladens Terroristennetzwerk, zum Ziel einer internationalen Militäraktion unter Führung der USA. Der Zusammenbruch der kommunistischen Großmacht UDSSR hat International zudem ein Machtvakuum hinterlassen, so dass die Randbedingungen zu diesem Alleingang erfüllt sind. Gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gibt es keine Verurteilung durch die UNO, aber auch keine Resolution, die ihn genehmigte.

Afghanistan wird im sog. Afghanistan-Krieg besiegt und durch eine von der Nord-Allianz, ihren historischen Widersachern, dominierten Regierung ersetzt. Der viel gesuchte Terrorist Bin Laden wird nicht gefasst. Seit Dezember 2001 ist Hamid Karzai Staats- und Regierungschef der Übergangsregierung. Zur Friedenssicherung sind in der Stadt Kabul und in der Umgebung Kabuls Friedenssoldaten stationiert. In den Regionen regieren die jeweiligen Stammesfürsten, so dass der Handlungsspielraum der Regierung stark geschmälert ist. In Teilen Afghanistans sind die Strukturen der Taliban-Herrschaft noch nicht zerstört.

### **1.5.2 Das Interesse der USA an Afghanistan und Irak**

Das Interesse der USA an der militärischen Kontrolle über Afghanistan ist auch hier durch das Interesse an der Energieversorgung begründet. Die Erdölvorkommen im kaspischen Becken sind von vielen Konkurrenten umgeben. Russland, China, Indien sind aufstrebende Wirtschaftsmächte mit großem Energiebedarf. Die militärische Präsenz sichert den USA einmal die Energie und ihre Zugänge in Form von Pipelines. Durch Afghanistan und Pakistan führt eine wichtige Pipeline zum Golf von Oman, die den Transport des Erdöls nach USA sichert. Zum anderen sichern die militärischen Stützpunkte die eigenen Interessen und halten Konkurrenten fern. Nur ein befriedetes, amerikafreundliches Gebiet kann wirtschaftlich ausgenutzt werden.

## 1.6 Der dritte Golfkrieg

Nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11.09.01 starten die USA mit einer gewaltigen Demonstration ihrer militärischen Macht. Nur wenige Stunden nach dem Terrorangriff werden Osama Bin Laden und seine Al-Qaeda-Organisation ohne Beweise als Hauptverdächtige identifiziert. Die Achse des Bösen wird markiert, zu der auch der Irak zählt. Nach dem Angriff auf Afghanistans ist der Irak das nächste Ziel der amerikanischen Aggression. Die US-Regierung wirft der irakischen Führung vor, chemische und biologische Massenvernichtungswaffen zu besitzen und Kernwaffen zu entwickeln, für ihre Verbreitung zu sorgen und auf diesem Weg den Terrorismus zu unterstützen. Der irakischen Führung wird eine Verbindung zu den gesuchten Top-Terroristen Bin Laden nachgesagt. Mit Hilfe der Vereinten Nationen baut das Regime um G.W. Bush eine Drohkulisse auf. Der UN-Sicherheitsrat beschließt die Resolution 1441, nach der der Irak aufgefordert wird, seine chemischen, biologischen und Langstreckenwaffen zu vernichten. Wenn dies nicht in angemessener Zeit geschieht, drohen ernste Folgen.

Unter der Leitung des Schweden Hans Blix entsendet die UNO 120 Waffeninspektoren in den Irak. Die Arbeit dieser Kommission wird von den Irakern nicht behindert, aber auch nicht genügend unterstützt. Die Inspektoren stehen unter permanentem Zeitdruck, da die US-Regierung die Zeit der Verhandlungen als beendet betrachtet. In mehreren Abstimmungen des UN-Sicherheitsrates steht die US-Regierung unerwarteter Weise vor einer mehrheitlichen Opposition, die eine Verlängerung der Inspektionszeit fordert, um gesicherte Erkenntnisse zu gewinnen. Anfang März 2003 stimmt der Sicherheitsrat mehrheitlich gegen einen Einmarsch der US-amerikanischen und britischen Truppen in den Irak und für eine Verlängerung der Inspektionszeit.

Parallel zu den Verhandlungen im Sicherheitsrat und zu der Arbeit der Waffeninspektoren haben die US-Regierung und die britische Regierung unter Premier Tony Blair während dessen die Aufrüstung betrieben. Ende Februar 2003 stehen bereits 250 000 Soldaten an den Grenzen Iraks.

Trotz der Abstimmungsniederlage im UN-Sicherheitsrat und trotz zunehmender Isolierung erklärt Präsident G.W. Bush in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 den Krieg gegen den Irak.

Die europäische Union ist gespalten. Während Frankreich und Deutschland nein zum Krieg sagen, findet die USA in GB einen Verbündeten sowie in Spanien, Italien und den osteuropäischen Staaten Polen und Tschechien Unterstützer für ihre Aggressionspolitik. Die Bundesregierung hat versäumt, den Angriffskrieg zu verurteilen. Trotz des diplomatischen Neins in der UNO unterstützen sie den Krieg durch Gewährung der Überflugrechte, Bereitstellung der US-Basen in Deutschland, Beteiligung deutscher Soldaten in AWACs Aufklärungsflugzeugen und in den Spürpanzern in Kuwait.

Am Ende des Kriegs ist das irakische Regime gestürzt. Der entmachtete Präsident S. Hussein ist ebenso unauffindbar wie die vermuteten Vorräte an Massenvernichtungsmitteln. Eine Verbindung zwischen der irakischen Regierung und dem Terrornetzwerk Al Qaeda wird nicht nachgewiesen. Da die US-Armee ihren Aufgaben als Besatzungsmacht

zunächst nur unzureichend nachkommt herrscht Chaos, verbunden mit Plünderungen und Selbstjustiz.

## 1.7 Der Fall Nordkorea

Die USA hatte 1994/95 unter dem Präsidenten B. Clinton mit Nordkorea ein Abkommen geschlossen, wonach Nordkorea die Graphitreaktorlinie einfroren und dem Nichtweiterverbreitungsvertrag (NVV) verpflichtet blieb, wenn mit Unterstützung des Auslandes und weiterer Kredite der Bau von zwei Leichtwasserreaktoren fortgeführt werden würde. Zudem sicherte Nordkorea die Inspektion seiner Nuklearanlagen durch die internationale Atomenergieagentur (IAEA) zu.

Die US-Regierung unter Präsident G.W. Bush erkannte zwar das Genfer Rahmenabkommen von 1994 an, klammerte aber den Aspekt der politischen Normalisierung mit Nordkorea aus. Aus Sicht Nordkoreas war das ein Bruch des Normalisierungsgebotes (Artikel 4). Zudem bildet Nordkorea in der geheimen Nukleardoktrin der USA ein Ziel für nukleare Angriffe und wurde vom US-Präsidenten zur Achse des Bösen gruppiert. Dies führte zu einem offenen Bruch der Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Im Sommer 2002 besaß die US-Regierung endlich sichere Hinweise, dass Nordkorea bereits seit 1996/97 ein Urananreicherungsprogramm fuhr, woraufhin die USA die sofortige Überprüfung und Einstellung dieses Programms forderte. Die Existenz dieses Programms stellte eine unmittelbare Bedrohung für die USA dar, mit deutlich größerem Gewicht als der Krieg gegen den Irak. Das nordkoreanische Regime gab sogar die Existenz dieses Programms zu - obwohl damit unter anderem die Verletzung des Genfer Rahmenabkommens eingestanden wurde.

Um eine zweite Krise zu vermeiden und um im US-Kongress die Zustimmung für den Irakkrieg zu erhalten, wurden zu diesem Zeitpunkt Informationen von der US-Regierung zurückgehalten und die Ereignisse in ihrer Bedeutung herabgestuft.

In dieser Phase konnte Nordkorea offen seine Forderungen stellen, die den Verzicht auf Wirtschaftssanktionen und den Abschluss eines Nichtangriffsvertrages beinhalteten bevor es die nukleare Frage mit den USA diskutiert wollte. Um die Irak Politik nicht ad absurdum zu führen, konnte die USA auf diese Forderungen nicht einlassen.

Das Verhalten der USA gegenüber Nordkorea zeigt, dass trotz der sicherheitspolitischen Brisanz eine militärische Konfliktlösung nicht zur Diskussion stand. Angestrebt wurde dagegen, in trilateralen Gesprächen, mit Japan, Südkorea, China und Russland als weitere Gesprächspartner, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. [7]

### Quellen:

[1a] DER GROSSE PLOETZ: Enzyklopädie der Weltgeschichte, S. 1555/1556.

[1b] ebenda: S. 1621 bis 1626.

[1c] ebenda: S.1588 bis 1591.

[2] FRANKFURTER RUNDSCHAU: USA wollen offenbar den Iran strafen. 26.05.03, S. 6.

[3a] RIVERS PITT, W.(2002): Krieg gegen den Irak. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, S. 29.

[3b] ebenda: S. 35.

[4] FISCHER WELTALMANACH (2003): S. 387 ff.

[5] PAECH, N.: Der Irak, ein belagertes Land.

[6a] BRÖKER, M. ( ): 11.9. S.159 > Hinweis auf Michel Chossudovsky.

[6b] ebenda: S.173ff.

[7] FRANKFURTER RUNDSCHAU: Misstrauen und Sicherheitspolitische Ängste. Dokumentation. 22.05.2003, S. 7.

## 2 Die eigentlichen Kriegsgründe

### 2.1 Die Bedeutung des Kapitalismus bei der Entstehung von Kriegen

*„Der herrschende Kapitalismus, wie er in Europa, den Vereinigten Staaten und anderen englischsprachigen und pazifischen Staaten existiert, ist ein im Grundsatz friedliches System.“<sup>1</sup>*

Dieser Satz stammt von J.K. Galbraight, einem angesehenen amerikanischen Ökonomen, der die Meinung vertritt, dass die „Gier nach Land“ in den vor- und frühkapitalistischen Gesellschaften der Grund für Kriege ist. Wir reichen, entwickelten Industriestaaten leben – seiner Meinung nach - seit Ende der alten Kolonialregime in Frieden miteinander und die armen, unterentwickelten Länder führen Kriege. Auch die öffentliche Meinung scheint zu sein, dass eine Kriegsgefahr insbesondere von Diktatoren oder von islamisch-fundamentalistischen Fanatikern ausginge.

Die Geschichte lehrt jedoch Anderes. Z.B. waren die USA, Frankreich oder England nach 1945 in über 70 Kriegen und bewaffneten Konflikten verwickelt, ohne dass ein Angriff auf ihr Land erfolgt war. Außerdem herrscht heute bei genauem Hinsehen in allen Staaten der Erde eine kapitalistische Produktionsweise. Selbst in den ärmsten Ländern liegt die Macht bei der reichen Klasse der städtischen Kapitalisten und Bürokraten.

Die Frage scheint berechtigt: Wie friedlich ist Kapitalismus?

---

<sup>1</sup> John Keneth Galbraight, Die Geschichte der Wirtschaft im 20.Jahrhundert: ein Augenzeugenbericht, Hamburg: Hoffmann und Campe, 1995, S275

Ohne sich zu sehr von den komplizierten Gedanken und Theorien der Begründer der Kapitalismusidee im späten 19. Jh verwirren zu lassen, scheinen einige Grundprinzipien für unser Thema relevant.

### **2.1.1 Der zwangsweise Rückgang der Profitrate durch Rationalisierung**

Mit der Entwicklung unserer Gesellschaft zum Kapitalismus (am 16. Jh) geht es nicht mehr um die Befriedigung der individuellen Bedürfnisse, sondern das Ziel ist die Produktion selbst. Es ist für einen Kapitalisten „bei Strafe seines Unterganges“ (Marx) eine Verpflichtung, Kapital anzuhäufen und den Profit aus der Produktion immer mehr zu steigern, um mit den anderen Kapitalisten auf dem Markt konkurrieren zu können. Doch geht es immer schneller, besser, billiger als die Konkurrenz?

Marx beobachtete und beschrieb die Irrationalität des Systems. Die blinde Konkurrenz führt unweigerlich regelmäßig zu tiefen Einbrüchen. Dieses Wechselspiel aus Krise –Aufschwung - Krise dauerte zu Lebzeiten von Marx zunächst mehrmals ca. 10 Jahre. Doch dann kam nach 1873 eine mehrere Jahrzehnte anhaltende Stagnation, die sogenannte „große Depression“.

Marx erklärte sich dieses durch das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Die Profitrate ist der Gewinn pro eingesetzter Kapitalinvestition.

Durch ständige notwendige Investitionen unter dem Druck der Konkurrenz kommt es bei immer geringeren Gewinnen zu einer stetigen Zunahme der Arbeitslosigkeit („jobless growth“)

Bei dem Sinken der Profitrate handelt es sich nur um eine Tendenz und es ist hiermit ein Durchschnittswert im kapitalistischen System gemeint. Der sichtbarste Versuch der Einzelunternehmen zum Ausgleich ist eine Erhöhung der Ausbeutung der menschlichen Arbeit. Einzelnen gelingt ein ‚Gesundstoßen‘ am Bankrott anderer, wobei fremde Investitionen zu Spottpreisen aufgekauft werden. Um so stärker man ist, um so leichter wird es.

Somit kommt es zur:

### **2.1.2 Konkurrenz der Monopole**

Aus jeder Pleitewelle gehen somit immer größere, zusammengeschlossene Unternehmen hervor. Zunächst sind diese in ihrer Branche kartellartig zusammengeschlossen. Später bildeten und bilden sich daraus wenige marktbeherrschende Monopole. Sind bestimmte Wirtschaftszweige erst einmal in der Hand eines oder weniger Konzerne, findet ein qualitativer Umschlag statt. Das Monopol kann sich nur noch ausdehnen, wenn es in andere Wirtschaftszweige eindringt.

Mit dem Entstehen von kapitalistischer Konkurrenz, aber noch viel stärker nach Ausbildung von Monopolen fand eine „Internationalisierung“ des Kapitals statt. Höhere Profitra-

ten versprach und verspricht man sich durch billigere Arbeitskräfte und Rohstoffe in ärmeren und „gesellschaftlich weniger weit entwickelten“ Ländern. Zum Warenexport kam der Kapitalexport. Insbesondere dort, wo nun die Kapitalisten der verschiedenen „nationalen Wirtschaften“ aufeinanderstoßen beginnt ein immer schärferer Konkurrenzkampf, erbarmungslos, so wie man es aus dem eigenen Land kannte, jedoch mit einigen eklatanten Unterschieden:

*Die Einhaltung von Regeln im Warenaustausch im eigenen Land, wurde durch den Staat gesichert. Es blieb ein „friedlicher“ Prozess.*

Mit dem Eintritt in die imperialistische Epoche durchlebte der kapitalistische Konkurrenzkampf einen Formwechsel. Der Nationalstaat wird in die Interessen der Wirtschaft einbezogen. Es kam zu vollständiger Unterwerfung eroberten Gebiete oder zur Ausbildung einer Abschirmung nach Außen, in dem durch Schutzzölle und Subventionen und somit durch Erweiterung des Binnenmarktes eine Entlastung des Konkurrenzdruckes erreicht wurde und „friedliche“ wirtschaftliche Waffen wie Dumpingpreise im Machtkampf auf dem Weltmarkt ermöglicht wurden.

Diplomatie, militärische Kooperation oder die Androhung von Wirtschaftssanktionen werden seit jeher eingesetzt zur Eroberung neuer Märkte. Auch die jetzige Deutsche Industrie wäre ohne die Unterstützung ihres Nationalstaates den konkurrierenden Anbietern unterlegen.

Die wirtschaftliche Potenz eines Unternehmens misst sich in Übernahmeschlachten und im Preiskampf auf dem Weltmarkt.

Die Macht eines mit seiner Wirtschaft verwobenen Nationalstaates ist schwerer zu definieren. Letztendlich wird die nationalstaatliche Macht an ihrer militärischen Schlagkraft bemessen.

Prof. Herbert Giersch, wirtschaftlicher Chefberater der Kohlregierung sah, dass „durch einen freien Außenhandel [...] Länder voneinander abhängig“ werden, und „genau dies sollte vernünftige Menschen daran hindern, Kriege vom Zaun zu brechen“.

Wenn sich im Laufe der krisenhaften Entwicklung des nun globalisierten Kapitalismus Absatzmöglichkeiten und Ressourcen verknappen, die Profitrate wie zuvor beschrieben weiter sinkt und der bestehende Lebensstandard in einem Staat unweigerlich nicht beibehalten werden kann, dann scheint es als durchaus „vernünftig“, dass die wirtschaftlich-politisch-militärische Potenz eines noch so „zivilisierten“ Nationalstaates durch Gewalt eine Neuaufteilung des „Globalen Kuchens“ zu erzwingen versucht.

Krieg steht nicht im Widerspruch zum friedlichen Handel im Kapitalismus, sondern er ist sein logisches Endprodukt.

#### Quellen:

MEIENREIS, D. u. F. RENKEN (Hrsg.) (2002): Krieg und Globalisierung. 1. Auflage, edition aurora, Frankfurt am Main.

### 2.1.3 Finanzpolitische und geostrategische Interessen

**These:** *Die Sicherung der Dollarstabilität durch Einfluss auf die Ölvorkommen ist der eigentliche Grund des US-amerikanischen Interesses an den weltgrößten Öl-Ressourcen. Mit Hilfe des Dollars als globaler Leitwährung kann die amerikanische Volkswirtschaft weiterhin von anderen Volkswirtschaften profitieren. Verlöre der Dollar seine Weltgeldfunktion an andere Währungen – an den Yen oder den Euro -, verlören die USA diese Möglichkeit.*

#### **Das System von Bretton Woods:**

Ziel des Systems von Bretton Woods war es, mit Hilfe eines festen Ordnungsrahmens langfristig weltwirtschaftliche Stabilität zu erreichen. Das Währungssystem von Bretton Woods bestand aus drei Elementen:

1. Element: Zwischen den großen Währungen wurden feste Wechselkurse beschlossen.
2. Element: Das Festkurssystem wurde an einer Leitwährung verankert, dem US-Dollar, der damit de facto die Stellung eines Weltgeldes bekam.
3. Element: Die Stabilität des Dollar wurde durch die Goldreserven der USA garantiert.

Theoretisch hatte damals jeder Dollarbesitzer den Anspruch, seine Banknoten ggf. in eine entsprechende Menge Gold umtauschen zu können. Eine Unze Feingold war genau 35 US-Dollar wert. Alle anderen Währungen wurden mit ihrem Wert in ein Verhältnis zum US-Dollar gesetzt.

Das System Bretton Woods hatte durch den Sonderstatus des Dollar einen durch und durch hegemonialen Charakter. Da der Dollar den Status eines Weltgeldes hat, d. h. international fast überall als Zahlungsmittel akzeptiert ist, sind die USA das einzige Land in der Welt, das sich in der eigenen Währung im Ausland verschulden kann. Da als Konsequenz 90% des Welthandels auch heute noch in Dollar abgewickelt werden, haben die USA auch kaum ein Wechselkursrisiko und damit auch keine Kosten zur Absicherung gegen dieses Risiko. Das gleiche gilt für den Löwenanteil der internationalen Kreditbeziehungen.

Westeuropa und Japan waren in den Nachkriegsjahrzehnten die Hauptgewinner der Weltwirtschaftsordnung. Die USA befürchteten überholt zu werden und ihre ökonomische Vormachtstellung zu verlieren. Sie zogen es 1973 vor, das Bretton Woods-Abkommen aufzukündigen.

Der Wechselkurs bestimmt sich seither über Angebot und Nachfrage. Wird eine Währung, beispielsweise der Euro, stärker nachgefragt, weil die in der EU produzierten Güter für andere Länder interessant sind und viele Käufer finden, so steigt der Wert des Euro.

Da Öl in den letzten 50 Jahren global nur in Dollar gehandelt wurde, sicherte das die Dominanz der US-Währung. Trotz aller Schwankungen ist der Dollar bis heute die anerkannte Weltwährung und gegenüber konkurrierenden Währungen relativ stabil.

In einer auf Dauer defizitären Volkswirtschaft wie der gegenwärtigen US-amerikanischen könnte sich eine Währung jedoch nicht stabil behaupten, geschweige denn globale Leitwährung bleiben.

Dabei kommt es ihnen keineswegs darauf an, die Erdöllagerstätten allein zu bewirtschaften. Vielmehr gründen sie mit Ölfirmen aus aller Welt internationale Konsortien – unter ihrer Leitung. Auf diese Weise können die USA energiepolitische Vorteile abschöpfen und zusätzlich finanzpolitisch dafür sorgen, dass das Erdöl weiter mit Dollar gehandelt wird.

## **2.2 Sicherung der Ressourcen – Sicherung der Energie**

In Folge der veränderten Weltordnung durch den Zusammenbruch des kommunistischen Machtblocks ist die USA als eine Großmacht aufgetreten, die deutlich Weltmachtansprüche stellt. Diese Machtansprüche begründen sich in militärischer Überlegenheit sowie dem weltwirtschaftlichen und -politischen Einfluss. Zudem kontrollieren sie wichtige internationale Gremien wie die WTO, IWF, Weltbank und UNCTAD.

### **2.2.1 Öl bestimmt die Weltwirtschaft**

Zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes und damit der eigenen Interessen sowie zur Kontrolle der Märkte gehört der Zugriff auf die wichtigsten Rohstoffe. Keine moderne Industrienation kann ohne Energie auskommen. Zu den wichtigsten Rohstoffen für die Energiegewinnung zählt das Erdöl und das Ergas. Die Energiesicherung durch Erdöl/Erdgas steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch an erster Stelle, da alternative Energien zwar entwickelt, aber noch immer relativ teuer sind und sich wirtschaftspolitisch noch nicht durchgesetzt haben. Dagegen wird beispielsweise das steigende Interesse an der Energiegewinnung durch Wasserkraft erkennbar, was über die Staudampfpolitik Indiens und Chinas zum Ausdruck kommt.

### **2.2.2 Sicherung der Energieressourcen durch die USA**

Im Weltölverbrauch stehen die USA an erster Stelle, trotz eines Anteils von nur 5% an der Weltbevölkerung, gefolgt von der EU, Japan und China (25 % der Weltbevölkerung). Der Erdölverbrauch der USA stieg allein zwischen den Jahren 1990 und 2000 von 19 Millionen auf 25 Millionen Barrel pro Tag. Der weltweite Ölbedarf wird weiter steigen, wobei Experten mit einer Zunahme von 50% bis zum Jahr 2020 rechnen. [8]

80% der Ölreserven liegen in den OPEC-Staaten, 65% davon im Kernbereich der OPEC am Golf.

Zur Absicherung ihrer Großmachtansprüche versuchen die USA, sich die zwingend benötigten Energieressourcen zu sichern, d.h. die Erdölvorräte weltweit. Die USA bemühen sich um den Zugang zu diesen Ölquellen, die sie kostengünstig für sich nutzen und teuer

an andere verkaufen wollen. Jede verstaatlichte Ölförderung bedeutet Fremdgeschäfte und zu wenig Sicherheit für den Ölnachschub.

Bereits 1992 formulierte das Pentagon in seiner „Defense Planning Guidance“, bekannt geworden als „No Rivals plan“: „Wir müssen versuchen zu verhüten, dass irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen - unter gefestigter Kontrolle – ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen. Solche Regionen sind Westeuropa, Ostasien, das Gebiet der früheren Sowjetunion. Als global ebenbürtige Konkurrenten, die die Vorherrschaft der USA in Frage stellen könnten, werden Russland und China angesehen.“

Nach dem Zerfall der Sowjetunion steigt das Interesse an den großen Erdöl- und Erdgasvorkommen im kaspischen Becken. Die gesamte nicht-russische Kaukasus- und zentralasiatische Region erklärten die US-Militärs denn auch zur „area of responsibility“. Einigkeit besteht dabei zwischen den USA und den anderen NATO-Mächten, den Einfluss Russlands im Süden der ehemaligen Sowjetunion einzudämmen. Russland betrachtet diesen Raum als angestammte geopolitische Interessenssphäre und versucht, die in die Unabhängigkeit entlassenen zentralasiatischen Staaten an sich zu binden. Deshalb sind die USA, ähnlich wie in der Golfregion, auch in Zentralasien dabei, direkt militärisch Fuß zu fassen. So machte es für den Westen auch einen Sinn, die ehemaligen Sowjetrepubliken und jetzigen GUS-Staaten in das NATO-Netzwerk „Partnerschaft für den Frieden“ einzubinden, gibt es doch die Möglichkeit zu gemeinsamen Manövern und Nutzung der militärischen Infrastruktur.

Die USA und NATO etablieren sich als neue Ordnungsmacht im früheren Süden der Sowjetunion mit seinen riesigen Roh- und Energiestoffen. Das kaspische Becken gewinnt bei der künftigen Energiesicherheit des Westens eine zentrale Bedeutung. Seine Ressourcen dienen neben der eigenen Versorgung auch als strategische Reserve und als Preistrumpf gegenüber der OPEC. Die Marktmacht der OPEC wird zunehmend als störend empfunden.

Erklärtes Ziel der USA ist es, den Aufstieg etwaiger konkurrierender Mächte in derartigen Schlüsselregionen bereits im Keim zu ersticken. Im „No Rivals Plan“: „Es gibt andere Nationen oder mögliche Koalitionen, die in der entfernten Zukunft strategische Ziele und militärische Fähigkeiten entwickeln könnten, die auf regionale oder globale Vorherrschaft hinauslaufen. Wir müssen unsere Strategie jetzt darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten globaler Dimension zuvorzukommen.“

Die weltweit knapper werdenden Ressourcen sind umkämpft und werden von der hegemonialen Großmacht USA einseitig für ihre Interessen gesichert. Es steigt die Bereitschaft, für das Öl und die Sicherung der Pipelinetrassen Konfliktherde zu schaffen und, wenn nötig, Kriege zu führen. Der Irakkrieg ist ein Beispiel dafür.

### **2.2.3 Machtpolitik um die Sicherung der Pipelines**

Die Sicherung der Pipelines bestimmt die Geopolitik in Zentralasien. Die Energiereichtümer Zentralasiens müssen preiswert und störungsfrei auf den Weltmarkt gebracht werden. Sie liegen eingekeilt zwischen Gebirgen und nicht Amerika-freundlichen Staaten (vgl. Abb. 1). Die kürzesten und rentabelsten Verbindungen verlaufen über russisches Gebiet.

Bis Mitte der 90er Jahre gab es ein russisches Pipeline-Monopol, das die USA brechen wollten. Alle (alternativen) denkbaren Pipelinetrassen sind unzuverlässig und führen über politische Krisengebiete. Der wahre geopolitische Wettbewerb konzentriert sich auf die Pipelinestrecken. [9]

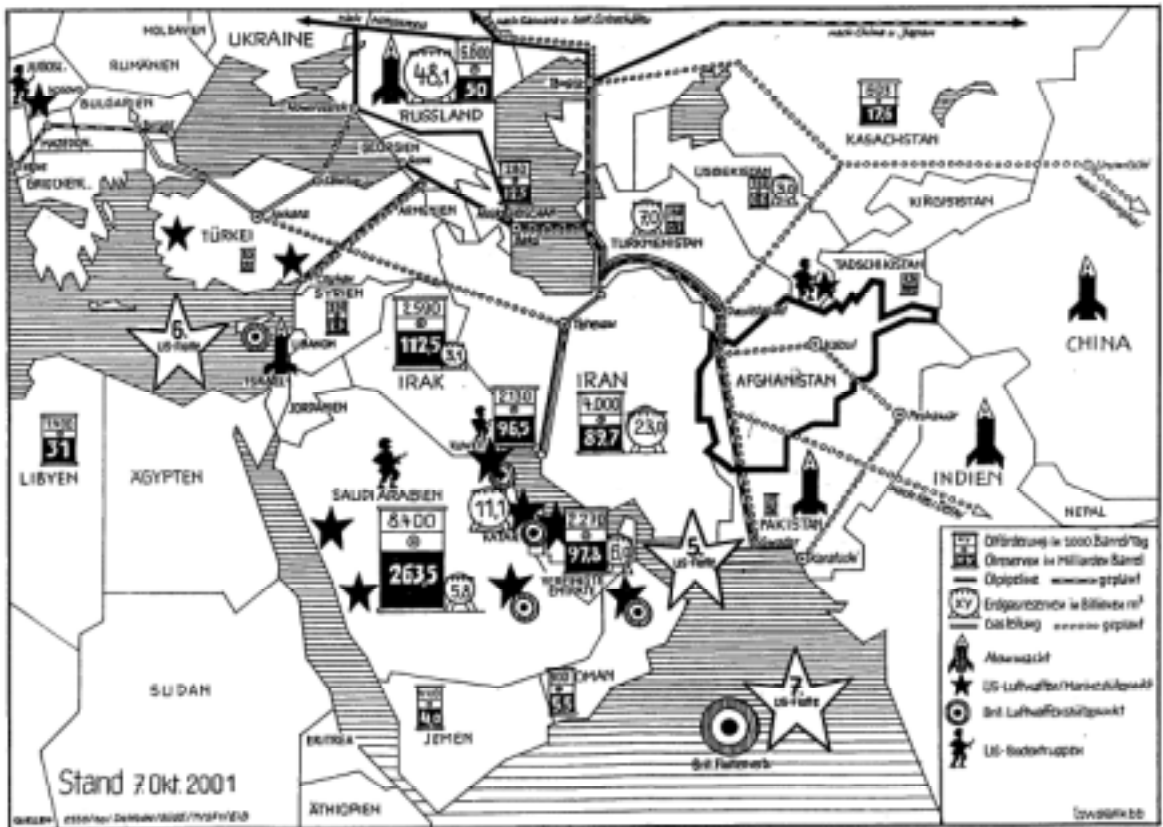


Abb. 1: Verlauf der Pipelines (Schmid / Schuhler, Krieg ums Erdöl)

#### **2.2.4 Sicherung der Ressourcen im Irak**

Ein wesentlicher Kriegsgrund ist der Kampf um die Verteilung des Erdöls und die Sicherung der günstigsten Transportwege. Es geht um die militärische Sicherung der wirtschaftlichen Eigeninteressen gegen andere Staaten. Krieg wurde wieder zum Mittel der Politik.

Als Beweis für die These, dass die Sicherung der Ressourcen als ein entscheidender Kriegsgrund angesehen werden kann, zeigt der Kriegsverlauf und die Zeit nach dem Ende der Kampfhandlungen. Während des Kriegseinsatzes wurden Ölquellen von amerikanischen Soldaten gesichert, das Erdölministerium nicht bombardiert. In den ersten Nachkriegstagen wurde das Erdölministerium als einziges Gebäude in Bagdad von US-Soldaten bewacht und gegen Plünderungen geschützt, während Botschaften und Krankenhäuser dem Chaos ausgeliefert waren.

In der Nachkriegszeit festigte die US-Regierung die politischen Strukturen für eine längere Besatzung des Irak. Neben einem provisorischen Verwaltungsorgan unter dem Iraker Thamer, ein Organ ohne politische Macht, schuf die Besatzungsmacht einen „Rat“ mit wirklichen Befugnissen. Den Vorsitz hat PHILIPP CARROLL, ehemals Aufsichtsratsvorsitzender von SHELL / USA und bis Ende 2002 Direktor der Fluor Corporation. Er untersteht dem von den USA eingesetzten Zivilverwalter General Garner. Carrolls Aufgabe ist die Privatisierung des irakischen Erdöls. Die Fluor Corporation hat zeitgleich von der US-Erdölindustrie den Auftrag erhalten, irakische Pipelines zu reparieren und zu modernisieren, ebenso wie die Halliburton - Gruppe, die D. Cheney, dem amerikanischen Vizepräsidenten immer noch ein Gehalt zahlt. Hiermit beweisen sich nachträglich die wirtschaftlichen Interessen der britischen und der US-Regierung unter Präsident G.W: Bush. Ihre Ölfirmen sind wieder im Geschäft. Das Preiskartell der OPEC ist geschwächt.

#### **2.2.5 Sicherung des Standortes „Naher Osten“**

Ein weiteres wichtiges Ergebnis des Irakkrieges von 2003 ist, dass die USA ihre Abhängigkeit von Saudi-Arabien aufgeben konnten. Saudi-Arabien war als größter Rohölexporteur der Welt lange Zeit enger Verbündeter der USA. Als Gegenleistung für unbegrenzte Öllieferungen boten die USA im Jahre 1990 Schutz gegen den Irak und innenpolitischen Schutz des Königshauses, sowie Truppenstützpunkte auf der arabischen Halbinsel. Doch beim Angriff auf Afghanistan änderte sich die saudische Haltung. Weder durfte der Luftwaffenstützpunkt bei Al Kharj genutzt werden, noch durften sich die 5.000 US-Soldaten, die dauerhaft in Saudi-Arabien stationiert waren, an offensiven Operationen beteiligen. Die jüngste Kritik an der US-Nahostpolitik und die deutliche Abkühlung zu den USA begründen sich in den Schwierigkeiten des Königshauses um den Machterhalt im eigenen Land. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für einen Großteil der Bevölkerung, ein wachsender Antiamerikanismus und ein wachsender Einfluss von fundamentalistischen Moslems führten zu Anschlägen auf amerikanische Einrichtungen und zu einer erheblichen Schwächung des Königshauses. Für die USA wankte der letzte Pfeiler im Nahen Osten.

Sie mussten sich den veränderten Bedingungen anpassen und suchten einen neuen Stützpunkt im Mittleren Osten.

Am 30. Mai 03 erklärt Paul Wolfowitz (Nachrichtenagentur AP 30.05.03), dass der Kriegsgrund, die Massenvernichtungsmittel vernichten zu wollen, ein „bürokratischen Vorwand“ war, um den Golfkrieg führen zu können. Ein bedeutender Grund für den Krieg war laut Wolfowitz, Washington den Rückzug der US-Truppen aus Saudi-Arabien zu ermöglichen. Binnen zwei Wochen nach Kriegsende kündigt das Pentagon denn auch den Abzug von 5.000 Soldaten aus Saudi-Arabien an.

#### Fazit:

Von den angeblichen biologischen und chemischen Massenvernichtungsmitteln im Irak fehlen bis heute jeder Hinweis, der gestürzte Präsident S. Hussein wurde bisher nicht festgenommen, von einer Entwicklung der Demokratie ist noch nichts zu sehen. Gewinner ist die Wirtschaftslobby der USA um den Präsidenten G.W. Bush: Das Erdöl ist privatisiert, die Einnahmen aus dem Ölgeschäft sollen die Kriegskosten decken, amerikanische Firmen sind in der Hauptsache am Wiederaufbau des Irak finanziell beteiligt. Der amerikanische Staat hat einen neuen Stützpunkt an geopolitisch interessanter Stelle. Der Krieg gegen den Irak und der Sturz des Bath-Regims machen die USA von Saudi-Arabien unabhängig. Er hat in Folge zur Schwächung der OPEC und zur Stärkung der Erdölkonzerne Unocol, Enron und Shell geführt.

## **2.3 Sicherung der Ressourcen im Interesse der - EU Die Rolle der EU und der Bundesrepublik im Irakkrieg**

### **2.3.1 Versorgungssituation der EU**

Europa hängt beim Erdöl zu 60 Prozent, bei Erdgas zu 30 Prozent von Importen ab. Die Tendenz ist steigend, denn der Höhepunkte der Ölförderung in der Nordsee ist überschritten.

Die Energieversorgung Westeuropas ist zu 80 Prozent von Russland und dem Nahen Osten abhängig.

Die Abhängigkeit von den Hauptenergielieferanten, Russland beim Erdgas sowie Golf- und nordafrikanische OPEC-Staaten beim Erdöl, nimmt zu.

Durch die Öffnung des Ostens treten jetzt neue selbstständige Anbieter in den Markt ein: Die Länder der kaspischen Region, die als Erdöl- und Erdgaslieferanten sowohl für Europa als auch für den asiatischen Raum als Option gelten, mit der die Importabhängigkeit auf verschiedene Regionen verteilt werden kann.

Im „Wettstreit um Einfluss“ in Eurasien wurden von der EU die beiden Programme INOGATE (Interstate Oil and Gas Transport to Europe) und TRACEA (Transport Corridor Europe-Caucasus-Central Asia) aufgelegt. Sie dienen dem Aufbau einer Verkehrsinfrastruktur, die zum einen dem kostengünstigen Transport von Rohstoffen dient und zum anderen

einen von Russland und dem Nahen Osten unabhängigen Transport ermöglichen. Die Programme befinden sich bereits im Stadium von Durchführbarkeitsstudien.

Deutschland besitzt keinen Ölkonzern, der in der kaspischen Region aktiv ist. Lediglich über die Ruhrgas (E.on), Europas größtem Gasverteiler, und dessen Verbindungen zur russischen Gazprom, bestehen gewisse unmittelbare Konzern- und Profitinteressen an den Energieschätzen des Kaspischen Meeres.

### **2.3.2 Einfluss des Erdölpreises**

Die gegenwärtige Erdölförderung liegt bereits seit einigen Jahren bei durchschnittlich 3,5 Mrd. Tonnen pro Jahr. Das Kartell OPEC, das über Zweidrittel der Rohölreserven verfügt, hat durch koordinierte Angebotsdrosselung und konsequente Einhaltung dieser "Quotendisziplin" seit Anfang 1999 eine Art "künstliche Verknappung" hervorgerufen. Durch diese Maßnahme hat sie den Welt-Rohölmarkt von einem nachfragedominierten zu einem angebotsdominierten Markt umfunktioniert und den Erdölpreis in einem Jahr mehr als verdoppelt. [6, 7]

Der internationale Preis für Rohöl bestimmt die Investitionen ölfördernder Staaten in Produktionsstätten und Infrastruktur. Die ölfördernden arabischen Staaten können ihr Öl günstiger fördern als ihre Konkurrenzstaaten. Während die Produktionskosten am persischen Golf bei ca. 3 Dollar pro Barrel liegen, lohnt sich eine Förderung in der Nordsee oder in Russland erst ab einem Preis von 12 Dollar pro Barrel. Solche kostspieligen Unnehmungen lohnen nur, wenn der Ölpreis entsprechend hoch ist.

Neben der Produktionsbeschränkung innerhalb der OPEC besteht auch dadurch eine Einschränkung im Angebot, dass der Irak seit dem zweiten Golfkrieg nicht mehr in den Markt integriert ist und dass das Angebot aus dem Iran mangels US-amerikanischer Investitionen zurück gegangen ist. Diese Bedingungen hielten den Ölpreis in den letzten Jahren auf einem lukrativen Niveau, so dass beispielsweise Russland in eigene Ölfelder investieren konnte und den Ölexport in den letzten 10 Jahren um 40 % steigend konnte. Unter anderem wurde eine Pipeline gebaut, über die russisches Öl an die USA geliefert wird.

Während Russland von dem hohen Ölpreis profitiert, leiden importabhängige Länder wie die EU, asiatische Staaten und Japan unter den hohen Ölpreisen.

Ein steigender Ölpreis stabilisiert ferner den Dollar, der wiederum in Zeiten der Krise von anderen Ländern stärker nachgefragt wird. Solange der Dollar alleinige Weltwährung bleibt, legen Länder wie Saudi-Arabien ihre Ersparnisse in Dollar an und ermöglichen damit global eine stärkere finanzpolitische Kontrolle durch die USA. Die USA können durch Ab- und Aufwertung des Dollars dementsprechend Druck ausüben oder Ersparnisse blockieren. Die Kontrolle über das irakische Öl stärkt zudem die Einflussmöglichkeiten der USA. Die US-Regierung missbraucht durch dieses Handeln unter anderem die Weltwährungsrolle des Dollar.

### Fazit:

Um die Verzahnung zwischen Politik und Wirtschaft aufzubrechen, wäre ein Währungs-pool aus Euro, Dollar und Yen, der anteilmäßig an die Produktivität der Realwirtschaft dieser Regionen gebunden ist, anzustreben. [5]

### **2.3.3 Die Ölreserven im Kaspischen Becken und ihre Bedeutung vor dem Hintergrund der Verteidigungspolitischen Richtlinien**

Die Ölreserven des Kaspischen Beckens werden auf 1,5 bis 4 Prozent der Weltölreserven, die Gasreserven auf 3 bis 5 Prozent geschätzt. Die Zahlen der IEA werden heute allgemein als zu niedrig eingestuft. Die kaspische Region ist nach dem Persischen Golf das ölreichste Gebiet der Erde.

Der Energieexperte Friedemann Müller schreibt in einem Aufsatz: „Zeitgleich mit der Rückgewinnung der Bedeutung des Golfs erweckt die Region des Kaspischen Meeres ein zunehmendes Interesse. Diese Kombination stellt die größte Herausforderung für die künftige Energieversorgung dar. Wegen der komplizierten geografischen, politischen, ethnischen und religiösen Konstellation könne im kaspischen Raum „eine Krisenregion entstehen [.....], in der westliche Interessen der Versorgungssicherheit auf dem Spiel stehen.“ [2]

Der Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer spricht davon, dass „die Erschöpfung der konventionellen Öl- und Gasreserven wahrscheinlich zwischen 2030 und 2040 erreicht sein wird [...] Wenn die Menschheit an diese Kreuzungspunkte zwischen Verfügbarkeit und Bedarf getrieben wird, droht der brutalste Konflikt seit Menschengedenken – der Weltkonflikt überhaupt...“. [1]

Die Bundeswehr verwies schon 1998 auf die Erforderlichkeit „sicherer Besitzrechte, Transportwege zu den Weltmärkten und hinreichende politische Stabilität“.

Detlev Wolter, Mitarbeiter des Auswärtigen Amts, denkt weiter und plädiert dafür, dass die EU „die Rolle als Ordnungsmacht ohne Dominanzanspruch ausbauen“ und „ihre Vorteile gegenüber den anderen Akteuren (gemeint sind die USA) wie geografische und kulturelle Nähe zum Tragen bringen“ sollte. „Mit der Perspektive einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte die EU eines Tages sogar über die nötigen militärischen Mittel verfügen, um erforderlichenfalls friedenserhaltende Maßnahmen in der Region zu ergreifen.“ [3]

Die EU will Russland allseitig in die europäische Wirtschafts- und Sicherheitspolitik einbinden. Sie fürchtet die Entstehung von Blockbildungen in der Region, an denen die USA und eine Reihe von regionalen Akteuren arbeiten. Als Antwort darauf, so wird weiter befürchtet, könnten Russland, China, Iran und Armenien sich enger zusammenschließen. Insgesamt sieht die EU ihre Energie- und Sicherheitsinteressen dann gefährdet. Denn wer in Mittel- und Zentralasien politisch bestimmt, beherrscht schließlich einen Teil des europäischen Gasmarktes und damit die Preiskonditionen für Energieimporte.

### **2.3.4 Folgen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Die Differenzen mit den Hauptverbündeten werden politikrelevant:

- Europa stimmt nicht überein in Bezug auf Eindämmung des Iran. Die EU sieht den Iran vielmehr als einen künftigen Schlüsselpartner für kommerzielle Vorhaben in der kaspischen Region.
- Russland ist eine wichtige Rolle in dem Rohrleitungsnetz um das Kaspische Becken zuzugestehen.
- Den russischen Erdölunternehmen ist eine größere Präsenz in den Konsortien, die in der Region tätig sind, zu verschaffen.
- Die EU verfolgt einen breiteren Ansatz in der Pipeline-Diplomatie. Sie unterstützt nicht die amerikanische Vision von der Türkei als Haupttransportland für Öl und Gas auf westliche Märkte.

#### Fazit:

Mit dem Mandat des Bundestages vom 16. November 2001 zum Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte ist der Einsatzbereich der Bundeswehr um die Arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien sowie Nordafrika, einschließlich der angrenzenden Seegebiete, erweitert worden. Dieser Raum entspricht der sogenannten „strategischen Ellipse“ mit den weltweit größten Erdöl- und Erdgasvorkommen. Das Interesse Deutschlands, als größtem europäischem Erdöl- und Erdgasimporteur an der kaspischen Region, beginnt deshalb deutlich zu wachsen:

Die Vorräte der Nordsee, die bislang die Versorgung Deutschlands mit Erdöl zu gut einem Drittel sicherstellen, werden in absehbarer Zeit erschöpft sein. Um Rohstoffe künftig kostengünstig abtransportieren zu können, unterstützt die EU den Ausbau der Transsibirischen Eisenbahn und den Aufbau eines Transportkorridors, der über Georgien, Armenien und Aserbaidschan nach Europa führen soll. Letzterer dient dazu, die Importabhängigkeit der EU hinsichtlich fossiler Rohstoffe von Russland und dem Nahen Osten zu verringern.

Der „Eurasische Balkan“ befindet sich im Schnitt- und Kristallisationspunkt der Interessen vieler Länder. Von Westen greift die ökonomische Weltmacht und sich formierende politische Großmacht EU in diesen Raum ein, im Norden grenzt Russland an diese Region, mit dem politisch-ökonomischen Potential einer Regionalmacht und dem Atomwaffenpotential einer Supermacht, im Süden sitzen die Haupt-„Schurkenstaaten“ Iran und Irak sowie im Südosten die verfeindeten Regional- und Atomkräfte Indien und Pakistan. Von Osten versucht die aufstrebende Wirtschaftsmacht China Einfluss in der Region zu ge-

winnen. Die schwachen Staaten werden von despotischen Autokraten regiert, deren Herrschaft wiederum von anderen Interessengruppen (Drogenkartelle, Warlords, islamischen Fundamentalisten) in Frage gestellt wird. Erklärtes Ziel der USA ist es, den Aufstieg etwaig konkurrierender Mächte in derartigen Schlüsselregionen bereits im Keim zu ersticken. Diese Konstellation bildet den Ausgangspunkt für neue Konflikte. Auch die Energie- und Sicherheitsinteressen der EU könnten dadurch gefährdet werden.

Darüber hinaus wird in den nächsten 20 bis 30 Jahren der weltweite Verbrauch fossiler Energieressourcen auf jenen Bereich zusteuern, in dem sich die Kurven abnehmender Verfügbarkeit und hohen Verbrauchs immer näher kommen und schließlich kreuzen. Bei einer solchen Energiekrise könnte auch Deutschland, diesmal eingebunden in das Machtgefüge der Europäischen Union, in kriegerische Konflikte um das Öl am Kaspischen Meer hineingezogen werden. Mit dem Beschluss des NATO-Rats vom 12. September 2001 zum Bündnisfall und mit dem Mandat des Bundestages vom 16. November wurden die Voraussetzungen für die militärische Absicherung deutscher Interessen in dieser Region gelegt. [1, 4]

#### Quellen:

- [1] SCHEER, H.: „Es droht das größte Gemetzel seit Menschengedenken.“ Frankfurter Rundschau vom 09.10.1999. S. 11.
- [2] MÜLLER, F. (1999): „Geostrategische Risiken der Energiemärkte“ in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, S. 666.
- [3] WOLTER, D.: „Die Kaukasus-Politik der Europäischen Union“ in: Politik und Zeitgeschichte vom 15.10.1999, S. 39.
- [4] BIMBOES, D.: „Von Kabul bis Baku und Skopje – Interessen, Mächte und Bündnisse.“ Vortrag beim Friedensbildungswerk Köln am 23. April 2002.
- [5] ABDOLVAND, B. u. M. ADOLF (2003): Verteidigung des Dollar mit anderen Mitteln. Der "Ölkrieg" im Kontext der kommenden Währungsbipolarität. In Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft: 02/03, S. 175.
- [6] BUNDESANSTALT FÜR GEOWISSENSCHAFTEN U. ROHSTOFFE (Hrsg.) (1998): Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 1998. Hannover /Berlin. XXIV,398 S., 141 Abb., 130 Tab., 2 Anl. - 29 \_ 21 cm.
- [7] KEHRER, P. (2000): Das Erdöl im 21. Jahrhundert - Mangel oder Überfluß? Vortrag im Erdölmuseum Wietze, 10. März 2000.
- [8] SCHMIDT, F. u. C. SCHULER (2001): Krieg ums Erdöl, Spezial-Nr. 15, München: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, S. 25.
- [9] GARNETT, SH. W., RAHR, A. u. K. WATANABE: Der Kaspische Raum vor den Herausforderungen der Globalisierung. Berliner Schriften zur Internationalen Politik herausgegeben vom Forschungsinstitut der DGAP Berlin 2001, 108 S., S. 88.

## 2.4 Macht und Vormachtstreben

### 2.4.1 ‚Die historische Verpflichtung‘

Zu den eigentümlichsten und dauerhaftesten Kennzeichen des amerikanischen Imperialismus gehört seit jeher, dass er sein globales Machtstreben mit Rhetorik über demokratische Selbstlosigkeit bemäntelt. Mit Blick auf den Ersten Weltkrieg (unter Präsident W. Wilsons) beispielsweise zieht das Land nur in den Krieg, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Es töte nur um zu befreien.

Bereits Senator Beveridge von Indiana erklärte im Januar 1900: "Gott hat uns zu den Meisterorganisatoren der Welt gemacht, auf dass wir Ordnung schaffen, wo das Chaos regiert. Er verlieh uns den Geist des Fortschritts, auf dass wir den Kräften der Reaktion auf der ganzen Welt den Garaus machen. Er verlieh uns die Befähigung zu regieren, auf dass wir den wilden und unwissenden Völkern eine Regierung angedeihen lassen. Gäbe es keine solche Kraft, dann würde die Welt in Barbarei und dunkle Nacht zurücksinken."

Präsident Wilson rechtfertigte den Eintritt der Vereinigten Staaten mit folgenden idealistischen Phrasen: "Unser Ziel", erklärte er in seiner Kriegsansprache vor dem US-Kongress im April 1917, "besteht darin, den Prinzipien des Friedens und der Gerechtigkeit, im Gegensatz zu eigensüchtiger und autokratischer Machtanmaßung, in der Welt Geltung zu verschaffen. Das Recht ist uns teurer als der Frieden, und wir werden für die Dinge kämpfen, die uns schon immer am Herzen lagen - für die Demokratie, für das Recht jener, die sich der Autorität beugen, bei ihren eigenen Regierungen Gehör zu finden, für die Rechte und Freiheiten kleiner Nationen, für die universale Herrschaft des Rechts in einem Konzert freier Völker, so dass allen Nationen Frieden und Sicherheit zuteil und endlich die Welt selbst frei werde... Wir müssen eine Welt schaffen, in der die Demokratie sicher ist."

[1]

Solche rhetorischen Mittel nutzten sowohl Präsident John F. Kennedy 1961 zur Rechtfertigung des Vietnam-Krieges zur ‚Wahrung der Unabhängigkeit des Landes‘ [1] als auch Präsident G.W. Bush, der es als eine gottgegebene Aufgabe ansah, Irak von dem ‚Tyranen‘ zu befreien.

In der Rede des Präsidenten G.W. Bush vor der Militärakademie in West Point 2002 stellt er heraus: „Die Sache, für die unsere Nation eintritt, war immer schon von größerer Bedeutung als nur unsere Verteidigung. Wir kämpfen, so wie wir es immer getan haben, für einen gerechten Frieden, der die Freiheit fördert. Wir werden den Frieden gegen die Bedrohung durch Terroristen und Tyrannen verteidigen.“ Den US-Streitkräfte mit ihrer Fähigkeit, „jeden Gegner entscheidend zu schlagen, falls die Abschreckung versagt“, wird dabei in der Nationalen Sicherheitsstrategie ein vorrangiger Platz eingeräumt. [10]

Aber auch einst Gegner des Vietnam-Krieges, wie Walter Shapiro, der eine Kolumne für *USA Today* schreibt, bezeichnet sich als "einstige Taube", die nun "mit den Falken fliegt": Shapiro versichert seinen Lesern, dass seine Unterstützung für den Krieg ausschließlich moralischen Ansprüchen entspringe: "Amerika ist das einzige Land, das über die notwen-

digen Ressourcen und den Willen verfügt, sich der Barbarei an den Toren der zivilisierten Gesellschaft entschlossen entgegenzustellen." [1]

An der Wahl der rhetorischen Mittel wird deutlich, dass sowohl Intellektuelle als auch US-Staatsvertreter den USA eine besondere militärische Rolle zur Verteidigung globaler Interessen beimessen, denn nur sie besitzen die militärische Schlagkraft, um einen Krieg gegen die Bedrohung der zivilen Gesellschaft aufnehmen zu können. Sie sehen die USA dabei nicht nur als Verteidiger der eigenen Freiheiten und Rechte, sondern betrachten es auch als ihre Pflicht, andere bedrohte Länder zu schützen.

Eine weitere Legitimation für ihr Handeln leitet die US-Administration aus einer religiösen Pflicht und Berufung ab.

#### These:

In Bezug auf den Irak-Krieg liegt die Vermutung nahe, dass zur Beeinflussung der Bevölkerung und der öffentlichen Meinung eine gezielte Auswahl der rhetorischen Mittel erfolgte. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass das Vorgehen auch auf einer tiefen inneren Überzeugung bzw. US-amerikanischen Grundhaltung resultiert.

### **2.4.2 Die Demokratisierung des Nahen Ostens**

Die US-Regierung möchte im Irak eine Demokratie nach westlichen Maßstäben aufbauen. Diese Bestrebungen sind mit der Vorstellung verknüpft, die Demokratie werde sich von dem Irak über den Nahen Osten ausbreiten. Bemerkenswert ist in diesem Kontext die Äußerung des US-Präsidenten G.W. Bush, dass die USA rückblickend nach Interventionen keine Soldaten sondern Verfassung und Parlament zurückgelassen hätte.

Der Politikwissenschaftler und Havard-Professor Stanley Hoffmann bemerkt, dass Demokratisierung nicht im Interesse nahöstlicher Staaten liegt. Zum Thema Abschreckung bemerkt er, dass dieses Werkzeug bei Staaten eine Wirkung hat, aber bei transnationalen Terrorbanden wie Al Qaeda nicht funktioniert. Allerdings besteht die Gefahr, dass auch andere Staaten sich Massenvernichtungswaffen zur eigenen Sicherheit beschaffen, um nicht wie der Irak zu enden. [15]

Letztendlich bleibt abzuwarten, wie weit die Demokratisierung reichen soll, ob eine US-hörige Regierung im Irak genügt, die die Interessen der USA ausreichend unterstützen oder ob die Grundlagen für einen nachhaltigen Demokratisierungsprozess angelegt werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es der US-Regierungen in der Regel ausreichte, korrupte Staatsmänner oder Militärs zur Macht zu verhelfen, solange ihre Interessen durch das Regime stabilisiert oder ausgedehnt werden (s. dazu SPONSEL [13]).

### 2.4.3 Die internationale Herausforderung oder der Zwang zur Selbstjustiz

Eine Erklärung für das militärische Handeln der USA liefert der US-Konfliktforscher Th. P. M. Barnett, Professor am U.S. Naval War College in Newport, Rhode Island und Berater des Pentagon [13]. Er legt eine Liste künftiger Kriegsherde und Interventionspunkte vor. Vor dem Hintergrund einer strategischen Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung unterscheidet er zwischen Ländern, die integriert sind im Netzwerk der Globalisierung, und solchen, wo die Globalisierung spärlich ausfällt oder gänzlich fehlt. Letztere bezeichnet er als Nichtintegrierte Lücke (Non-Integrating Gap). Diese Regionen leiden unter repressiven Regimen, sind von Armut und Krankheit sowie routinemäßigem Massenmord, d.h. chronischen Konflikten gekennzeichnet und ziehen die kommende Generation globaler Terroristen heran. Er bemerkt weiter, dass das langfristige militärische Engagement der USA dazu zwingt, sich mit dieser Lücke als einem strategisch bedrohlichem Umfeld auseinander zu setzen. „Verliert ein Land gegen die Globalisierung oder weist es viele der Globalisierungsfortschritte zurück, besteht eine ungleich größere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen dorthin entsenden“, ... um für Ordnung zu sorgen oder eine Bedrohung zu beseitigen“. „Wir sind als einzige Nation der Erde in der Lage, nachhaltige Sicherheit zu exportieren, und wir haben diesbezüglich eine großartige Erfolgsaussicht.“ [8]

Die Sicherheitsstrategien des Pentagon zeugen von einer wachsenden Unsicherheit gegenüber Randstaaten, in denen die USA nur geringe Einflussmöglichkeiten haben. War es früher die ehemalige Sowjetunion, so sind es jetzt Länder, die potentielle Ausgangspunkte für Terrorgruppen darstellen. Zudem führt das US-amerikanische Verhalten, ihre wirtschaftlichen Interessen und die Skrupellosigkeit, diese durchzusetzen, zu einem steigenden Aggressionspotential unter diesen Gruppen und zu einer höheren Gewaltbereitschaft.

Es spielt dabei eine untergeordnete Rolle, ob internationales Recht gebrochen wird, wie am Irak-Krieg überaus deutlich wurde. Andere Verträge, wie die Chemiewaffenkonvention von 1997 bezeichnete US-Verteidigungsminister D. Rumsfeld als „Zwangsjacke“, als es um die Patentierung neuer Granaten ging, die biologische und chemische Kampfstoffe versprühen. Nach Ansicht von Fachleuten verstößt deren Entwicklung gegen internationale Verträge. Internationale Verträge scheinen nur dann Gültigkeit zu haben, solange sie nicht nationale Interessen tangieren. [7]

Zu einer vergleichbaren Analyse kommt MÄRKER [200] [5]. Nach seinen Beobachtungen wird die Gewalt in weniger entwickelten Ländern sowie die terroristischen Angriffe vom 11. September in den Vereinigten Staaten als Ausdruck des Drohpotentials unterentwickelter Weltreligionen und Folge globaler Ungerechtigkeit interpretiert. Die Folge in der westlichen Welt ist ein Trend zum anarchischen Recht des Stärkeren, was bei den USA durch nicht ratifizierte, internationale Abkommen (Kyoto-Protokoll, Einsetzung und Legitimierung eines internationalen Gerichtshofes) sowie wiederholten Bruch internationaler Vereinbarungen (Rechtlosigkeit der Gefangenen in Guantanamo Bay, Kriegsrecht im Irak) erkennbar wird sowie an der US-amerikanischen Sicherheitsdoktrin.

#### **2.4.4 Die Wirtschaft der USA**

Das Selbstverständnis der Vereinigten Staaten basiert nicht zuletzt auf der enormen Wirtschaftskraft des Landes, die sich Kriege leisten kann:

- Das Rüstungsbudget von knapp 400 Mrd. Dollar macht gerade 3,5 % des amerikanischen Sozialproduktes aus.
- Schätzungen des Weißen Hauses von 70 bis 80 Mrd. Dollar für den Irak-Krieg sind im Vergleich zur Wirtschaftskraft des Landes wenig.
- Die USA erwirtschaften fast ein Drittel des Weltsozialproduktes und stellen lediglich 5 % der Weltbevölkerung.
- Die Mehrheit der 100 größten Unternehmen der Erde hat ihren Hauptsitz in den USA.

Allerdings lag das Leistungsbilanzdefizit im vergangenen Jahr bei rund 500 Mrd. Dollar, d.h. die USA führten mehr Waren ein als sie exportieren. Der Transfer erfolgte auf der Basis von Anleihen, Investitionen und Aktien. Diese Tatsache mehrt die Angst von Kritikern dieser Wirtschaftspolitik vor einem relativen Abstieg, da die Abhängigkeit von ausländischen Anlegern steigt. Große Teile der amerikanischen Exportwirtschaft (entspricht 10 % des Bruttosozialproduktes des Landes) brauchen weiterhin ihre Abnehmer im Ausland.

Zudem sind amerikanische Unternehmen in aller Welt auf die Kooperation mit Behörden angewiesen. So bewerten Ökonomen die separatistische Sichtweise der US-Administration (Aufteilung der Welt in Freund und Feind) als eine größere Gefahr für die Vereinigten Staaten als die explodierenden Kriegskosten oder eine unsichere Versorgung mit Öl.

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten zeigt derzeit deutliche Schwächen. Einen wirtschaftlichen Aufschwung wurde durch den Irak-Krieg erwartet. Allerdings könnte durch die anhaltende unsichere Lage im Irak und den ausbleibenden Aufschwung auch national die Kritik am derzeitigen Weg der US-Politik lauter werden. [14]

#### **2.4.5 Die Mittel zur Sicherung und zum Ausbau der Macht**

##### **Die nationale Sicherheitsstrategie der USA**

In der nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002 sowie in der Rede des Präsidenten G.W. Bush vor der Militärakademie West Point 2002 werden das Selbstbild und die daraus resultierenden nationalen Interessen der Vereinigten Staaten (sowie besondere Rechte) deutlich. Dieses wird an folgenden Kernaussagen erkennbar:

- „Instrumenteller Multilateralismus“ hat Vorrang vor dem „prinzipiellen Multilateralismus“, d.h. die US-Regierung sucht zwar Verbündete und auch die Unterstützung multilateraler Organisationen, aber nur zu Bedingungen, die sie selbst bestimmt.

- Ein Beispiel für instrumentellen Multilateralismus ist die Unterstützung des Verhaltenskodexes zur Verbreitung ballistischer Flugkörper, aber auch die Unterhöhnung des Verbots biologischer Waffen oder die Aufkündigung des ABM-Raketenabwehrvertrages.
- Als Bedrohung wird die Kombination von Terrorismus und Besitz von Massenvernichtungswaffen angesehen.
- In dem Konzept werden militärischen Optionen unterschiedlichster Erscheinungsformen und Arten der Verfolgung nationaler Ziele Vorrang eingeräumt – das gilt auch für die Verfolgung friedlicher Ziele. Die US-Streitkräfte werden als erste Institution in diesem Kampf benannt.
- Die US-Regierung ist bereit, durch einen Präventivschlag zu verhindern, dass die Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten und ihre Freunde von einem Feind mit Massenvernichtungswaffen bedroht werden.
- In dem Konzept wird die Bereitschaft zum Einsatz atomarer Waffen in allen möglichen Ernstfällen deutlich, trotz eingegangener Verpflichtungen zur langfristigen Abschaffung von Kernwaffen. [10]

Für Th. P. M. Barnett markiert der Irak-Krieg einen Moment, ab dem im Zeitalter der Globalisierung die strategische Sicherheit das Handeln in Washington bestimmt. Im Rahmen des Project for the New American Century streben die USA in der internationalen Politik eine Loslösung aus kooperativen, multilateralen Zusammenhängen an, wenn sie US-amerikanischen Interessen kurzfristig zuwiderlaufen. Gegenüber globalen Problemen, die als Bedrohung wahrgenommen werden, soll eine konfrontative, militärisch dominierte Strategie verfolgt werden. Die Umsetzung dieser Strategie wird an den wachsenden Rüstungsausgaben und den Aufwendungen für die militärische Forschung und Entwicklung erkennbar. [14]

### **Wirtschaftliche Abhängigkeit und politische Einflussnahme.**

Bereits NORTH (1999) [1] führt bei seiner Analyse des Balkankonfliktes einen Artikel an, der bereits im Jahr 1900 erschien: "Die Balkanfrage und die Sozialdemokratie" [4]: "Die Grenzen zwischen den Zwergstaaten der Balkanhalbinsel sind nicht in Übereinstimmung mit den Gegebenheiten der Natur oder den Bedürfnissen der Nationen gezogen worden, sondern als Ergebnis von Kriegen, diplomatischen Intrigen und dynastischen Interessen. Die Großmächte hatten immer ein unmittelbares Interesse daran, die Balkanvölker und -staaten gegeneinander zu hetzen und sie anschließend, wenn sie sich gegenseitig geschwächt hatten, ihrem eigenen ökonomischen und politischen Einfluss unterzuordnen.

Bei näherer Betrachtung US-amerikanischer Auslandsaktivitäten wird erkennbar, dass nicht nur der Balkan Ort dieser Strategien ist, sondern sowohl Südamerika und Afrika als auch asiatische Staaten von solchen Einflussnahmen betroffen sind. Dabei erhalten die jeweiligen US-Präsidenten die Unterstützung vom CIA, der, wie die Vergangenheit zeigt, hemmungslos zur Durchsetzung politischer Interessen zu illegalen Mitteln greift. [s. SPONSEL (2003) [13]]

Zbigniew Brezinski zeigt in seinem Buch „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie und Vorherrschaft“, dass sowohl die USA und als auch andere Mächte in geostrategisch wichtigen Regionen, je nach Interessenlage, nationalistische, ethnische und religiöse Konflikte nach Bedarf nutzen bzw. sie auch anheizen.

Im Vorfeld des Irak-Krieges hat die USA beispielsweise in Verhandlung befindliche Handelsabkommen genutzt, um Sympathisanten anzuwerben bzw. Abweichler zu strafen. Deutlich wurde dieses an den parallel geführten Verhandlungen von Chile und Singapur über ein Freihandelsabkommen mit den USA. Während Singapur sich mit dem US-Kurs, d.h. einer militärischen Intervention im Irak, solidarisch erklärte und von den USA die Verträge zur Unterzeichnung ausgefertigt wurden, kam es mit Chile, das in der Diskussion im UN-Sicherheitsrat die weitere Arbeit der UN-Waffeninspektoren unterstützte, zu dem Zeitpunkt zu keinem Abschluss der Verhandlungen. Der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick gab offen seine Enttäuschung über die Haltung Chiles zum Ausdruck. Aber auch europäische Partner können nachträglich mit Sanktionen rechnen. So sagte beispielsweise Powell, dass das Verhalten Frankreichs Konsequenzen haben müsse.

Nach Angaben von D. Ikenson, Handelspolitik-Experte des Cato-Instituts, setzt die US-Regierung unter G. W. Bush deutlicher als ihre Vorgänger Handelsbeziehungen als Instrument der Außenpolitik ein.

Dass im Zuge des Irak-Krieges die Abstrafung von sog. Abweichler nicht nur aus einer Kombination von wirtschaftlichem und politischem Kalkül erfolgte, sondern auch von irrationalen Beweggründen beeinflusst ist, lassen Äußerungen Zoellicks vermuten. In Erinnerung an die US-Unterstützung für die deutsche Wiedervereinigung bemerkt er: „Ich kann nicht leugnen, dass die Enttäuschung auf menschlicher Ebene in den USA tief sitzt.“ [11]

Eine Fortsetzung zur Destabilisierung des Nahen Ostens liefert die US-Regierung am Beispiel des Iran. So lägen nach der US-Regierung Geheimdienstinformationen vor, wonach Al Qaeda-Mitglieder im Iran bei der Planung der Selbstmordanschläge von Riad am 12.05.2003 beteiligt waren. Nach einem Bericht der *Washington Post* [12] fordern Vertreter des Verteidigungsministeriums Aktionen, die zum Sturz der Regierung durch einen Volksaufstand führen sollen. Dabei scheint nicht ausgeschlossen, dass Überlegungen in dieser Richtung auch vom Außenministerium mit getragen werden. (Anmerkung: Die USA hatten seit 1979 keine diplomatischen Beziehungen mehr zum Iran. Die jüngsten Kontakte fanden im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Nachkriegsordnung im Irak statt.)

Der Iran hat bisher Unterstellungen abgewiesen, die sie in Verbindung mit dem Al Qaeda-Netzwerk bringen. Im Gegenzug macht die Regierung die USA für die laufenden Studentenunruhen im eigenen Land verantwortlich.

#### Quellen:

- [1] NORTH, D.: Hintergründe des Kriegs auf dem Balkan - Eine Antwort auf einen Unterstützer der Bombenangriffe von USA und NATO auf Serbien. 9. April 1999 *aus dem Amerikanischen* (8. April 1999).
- [2] CURTI, M. (1991) (Zitat): "The Growth of American Thought". New Brunswick, S. 657.

- [3] ebd.: S. 661.
- [4] TROTZKI, L.: "Die Balkankriege 1912-13". Aus dem Russ. übers. von Hannelore Georgi und Harald Schubärth. - Essen : Arbeiterpresse-Verl., 1996. 585 S., Kt.; (dt.) (Trotzki-Bibliothek) Essen 1996, S. 60.
- [5] MÄRKER, A.: Globale Gerechtigkeit ist machbar – Denn sie ist ohne Alternativen, aber immer wieder in Gefahr. Frankfurter Rundschau vom 06.05.03, Dokumentation, S. 7.
- [7] HEBESTREIT, ST.: Die neue US-Granate trifft vor allem eins – das Chemiewaffenverbot. Frankfurter Rundschau vom 21.03.2003, S. 1.
- [8] BARNETT, TH. P. M.: Die neue Weltkarte des Pentagon. Frankfurter Rundschau vom 25.06.2003, S. 7, Dokumentation.
- [9] FRANKFURTER RUNDSCHAU: „Die Welt ist blind“: F. M. Kirn u. B. A. Kirn im Gespräch mit dem Literatur-Nobelpreisträger José Saramago. FR 22.03. 2003, Feuilleton.
- [11] FRANKFURTER RUNDSCHAU (DPA): Wer nicht mit uns stimmt, muss zappeln – Die US-Regierung nutzt Handelserleichterungen, um folgsame Staaten zu belohnen und andere zu strafen. FR vom 07.05.2003, S. 16.
- [12] WASHINGTON POST (Auszug): Wegen Al Qaeda soll Regierung destabilisiert werden. In: USA wollen offenbar Iran strafen. FR vom 26.05.2003, S. 6.
- [13] SPONSEL, R. (2003): Die Präsidenten der USA als politisch Hauptverantwortliche und Hintermänner. [www.sgipt.org/politpsy/usa/cia.html#Einführung](http://www.sgipt.org/politpsy/usa/cia.html#Einführung).
- [14] HAUSWEDELL, C., WELLER, CH., RATSCHN. U. MUTZ, R. u. B. SCHOCH (HRG.) (2003): Friedensgutachten 2003. LIT Verlag Münster.

### **3 Propagandistische Nebelkerzen – oder die Verschleierung der eigentlichen politischen Ziele**

Die USA sagten, dieser Krieg sei nötig gegen den Terrorismus. Dies wurde in den USA behauptet, bis 50% der US Amerikaner glaubten, Präsident S. Hussein habe geheime oder offene Verbindungen zu Al Qaeda.

Nachdem dem ehemaligen irakischen Präsidenten keine Verbindung zum Terrorismus gegen die USA nachgewiesen werden konnte, sagte man, dieser Krieg sei nötig wegen der Massenvernichtungswaffen, die er angehäuft habe. Der von der irakischen Regierung vorgelegt Bericht zeigte tatsächlich, dass das Regime solche angeschafft hatte. Dieses geschah sogar mit Hilfe der USA und Europas, so dass der Bericht nur mit zum Teil geschwärzten Zeilen veröffentlicht wurde. Zudem wurde darüber bekannt, dass auch Deutschland zur Zeit des Irankrieges zu den Lieferanten zählte.

Damals galt der Irak unter der Führung von S. Hussein als treuer Verbündeter, obwohl er seinerzeit Giftgas gegen die Kurden einsetzte. Allerdings nahm ihm seinerzeit keine amerikanische oder europäische Regierung das übel. Durch die Arbeit der Waffeninspektoren waren seine Massenvernichtungswaffen jedoch weitgehend zerstört worden.

Die Unrechtmäßigkeit des amerikanisch-britischen Eroberungskrieges und die Verschleierung der eigentlichen Kriegsgründe wurden nachträglich von Paul Wolfowitz, US-Vizeverteidigungsminister, bestätigt. Es ging nicht um die Vernichtung von bedrohenden Massenvernichtungsmitteln, sondern um rein geopolitische Machtinteressen im Mittleren Osten. Die Weltöffentlichkeit wurde ganz bewusst getäuscht, um eine Rechtfertigung des Waffenganges zu erhalten. Der eigens eingerichtete Geheimdienst "Office for Special Plans" (OSP) lieferte seinen Auftraggebern verlässlich die gewünschten „Beweise“ – dramatisierte und gefälschte Informationen aus dubioser Quelle.

Bisher konnten dem Saddam-Regime trotz massiver Bemühungen der US-Regierung weder die Verbindung zu dem Terroristenführer Osama Bin Laden nachgewiesen werden, noch wurden nach Kriegsende Hinweise auf die Existenz von Massenvernichtungsmitteln entdeckt. Beide Vorwürfe aber bildeten die wichtigsten Kriegsgründe für die US-Regierung unter G.W. Bush. Inzwischen wird man den USA nicht mehr glauben, wenn sie etwas „finden“, da sie viel Zeit und allen Grund hatten, etwas zu vorzutäuschen.

Im Folgenden eine genauere Begründung der Argumente:

### **3.1 "Bushs Begründung für den Krieg enthüllt."**

Anthony Arno, Herausgeber des Buches „Iraq under Siege“, sprach mit Anthony Arno (Socialist Worker) über die Lügen, die benutzt wurden, um den Krieg gegen den Irak zu rechtfertigen. [ZNet 12.06.2003, (<http://www.zmag.de/article/article.php?print=true&id=679>)]

George W. Bush sagte, er habe einen hieb- und stichfesten Grund für den Krieg gegen den Irak. "Geheimdienstinformationen, die von dieser und anderen Regierungen gesammelt wurden, lassen keinen Zweifel daran, dass das irakische Regime weiterhin einige der tödlichsten Waffen, die jemals produziert wurden, besitzt und versteckt", behauptete der Präsident G.W. Bush in seinem Ultimatum an den irakischen Präsidenten S. Hussein vor der Invasion.

Einige Monate nach Ende des von Washington geführten brutalen Kriegs und dem Beginn der ebenso brutalen Besetzung, ist des US-Präsidenten hieb- und stichfester Grund porös geworden. Sogar die Mitglieder des Geheimdienstes bezweifeln die Seriosität der von der US-Administration angefertigten Berichte, die benutzt wurden, um die Kriegskampagne anzuheizen.

F.: Bushs treuester Verbündeter der britische Premierminister Tony Blair präsentierte im letzten September Dokumente, die angeblich bewiesen, dass der Irak Massenvernichtungswaffen und auch die Fähigkeit, "chemische oder biologische Waffen 45 Minuten nach dem Einsatzbefehl einzusetzen" besaß. Was wissen wir von diesen Behauptungen?

A.: Wir wissen jetzt, wie wir immer schon vermutet haben, dass dies eine komplette Fälschung war. Die BBC berichtete, dass die Blair-Regierung im letzten September angeordnet hatte, die Behauptung über den Einsatz biologischer und chemischer Waffen innerhalb von 45 Minuten zu "ändern" und "aufreizender" zu machen. Dies wurde gegen die Meinung des Geheimdienstes durchgeführt.

Bush zitierte den vermutlichen britischen Beweis in seiner Rede an die Nation im Januar, als er meinte, beweisen zu können, dass der Irak versuchte, vom Niger Uran zu erwerben. Es hat sich jetzt herausgestellt, dass Geheimdienstquellen schon im Februar 2002 wussten, dass Bush ein Dokument zitierte, das eine vollständige Fälschung war. In Wirklichkeit war der Minister aus dem Niger, dessen Unterschrift auf dem Dokument auftauchte, seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr im Amt!

Sogar loyale Mitglieder des US- und des britischen Geheimdienstes sind darüber empört, dass diese Informationen als Beweis zitiert wurden. Es gab zu diesem Zeitpunkt interne Debatten, in denen Leute erklärten, der Beweis sei nicht glaubwürdig. Trotzdem wurde die Entscheidung getroffen, den Irak anzugreifen und dem Land eine Besatzungsregierung überzustülpen. So wurden nur Informationen, die diesem Ziel dienten der Öffentlichkeit mitgeteilt und verpackt, um diesen ungerechten und illegalen Krieg schmackhaft zu machen.

Generalleutnant James Conway, der die 1st Marine Expeditionary Force kommandiert, erklärte Reportern am 30. Mai: "Es war für mich damals eine Überraschung und ist es auch noch heute, dass wir keine Waffen in den - wie sie sagen - Munitionslagern an der vorderen Front im Süden des Irak entdeckt haben. Glauben Sie mir nochmals, nicht dass wir es nicht versucht hätten. Wir glaubten, wir wussten, wie das Regime die Waffen benutzen wollte. Wir haben da einfach falsch gelegen."

F.: Im CIA gibt es Mitarbeiter, die jetzt sagen, sie hätten unter einem Druck der Administration gestanden, um Beweise vorzulegen.

A.: Die Bush-Administration unter der Leitung von Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister D. Rumsfeld schuf alternative so genannte Geheimdienstagenturen, inklusive dem Defense Department's Office of Special Plans, um den Geheimdienstmitarbeitern, die nicht die Beweise und Informationen hervorbrachten, die den Propagandazielen der von Bush initiierten Kriegskampagne dienten, Beine zu machen. Danach gebrauchten sie Druck, um sicher zu sein, dass die Geheimdienstmitarbeiter konform gingen - und dass die Leute, die sich loyal zur Kriegskampagne verhielten, mit den Informationen bedient wurden, die sie gebrauchen konnten, um die Fähigkeiten der irakischen Massenvernichtungswaffen zu übertreiben, zu verzerren und Lügen zu erzählen.

Es ist auch wichtig mitzuteilen, dass die Medien erst jetzt darüber berichten, obwohl es offensichtlich war, dass diese Manipulationen stattfanden. Die Medien dienten mit ihren Titelgeschichten über die schreckliche Drohung, die der Irak darstellte, mit der Veröffentlichung der Verbindung zum Niger und den vollkommen dubiosen Behauptungen über Iraks Waffen als Hallraum für die übelsten Lügen der Bush-Administration und der Blair-

Regierung. Erst jetzt beginnen sie sich mit den offensichtlichen Lügen und Entstellungen, die sie benutzten, um den Krieg zu propagieren, zu beschäftigen.

F.: Was sagt uns das alles über den wahren Grund für den Krieg gegen den Irak?

A.: Der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz hat alles verdorben. In einem kürzlich in der Illustrierten Vanity Fair veröffentlichten Interview gab er zu, dass die gesamte Diskussion über den Kriegseintritt mit dem Ziel der Entwaffnung nur - wie er es nannte - "bürokratisch" gewesen sei.

Auf diese Art hat man den Krieg schmackhaft gemacht, denn es war ein Zielpunkt auf den sich die verschiedenen Teile der Regierung und der Alliierten der USA einigen konnten. Aber es handelte sich nur um eine PR-Lüge, um die Zustimmung der Menschen für einen Krieg zu gewinnen, der aus anderen Gründen geführt wurde.

Wenn man sich die öffentliche Unterstützung für den Krieg anschaut, so basierte er auf einer absichtlichen Lüge, die behauptete, es gäbe eine Verbindung zwischen dem Irak und den Angriffen vom 11. September. Meinungsumfragen zeigen, dass fast die Hälfte der amerikanischen Bevölkerung glaubte, es bestünde eine Verbindung zwischen dem Irak und der Al-Qaeda, obwohl es keinen einzigen Beweis für diese Behauptung gibt.

Die Regierungen von Bush und Blair sprachen wiederholt über die Verbindungen zwischen dem Irak und dem internationalen Terrorismus im Allgemeinen und der Al-Qaeda im Besonderen, obwohl die Al-Qaeda sich seit langer Zeit feindlich gegenüber der irakischen Regierung zeigte. Die Geheimdienste der USA und Großbritanniens haben immer wieder mitgeteilt, dass es keine Beziehungen zwischen beiden gäbe.

Am 30. Mai zitierte Nicholas Kristof, Kolumnist der New York Times eine anonyme Quelle aus der Geheimdienstagentur des Verteidigungsministeriums, die in alle geheimdienstlichen Fakten über den Irak eingeweiht war. Der Mann erzählte Kristof:

"Das amerikanische Volk wurde manipuliert. Die Verbindung zur Al Qaeda und der Besitz nuklearer Waffen waren die beiden einzigen Möglichkeiten, mit denen man den Irak mit einer bevorstehenden Bedrohung der USA in Zusammenhang bringen konnte."

Greg Thielmann, der nach 25 Jahren, als einer der letzten vier im Bureau of Intelligence and Research, zurücktrat, sagte: "Die Administration entstellte die Geheimdienstinformationen über beide Dinge in einer ungeheuerlichen Weise." Interessant ist die Reaktion von Thomas Friedman, ebenfalls Kolumnist der New York Times, auf dieses Vorgehen, indem er feststellt, dass es vollkommen in Ordnung sei, dass die USA mit dieser Art Lügen und Arroganz unbeschadet davon kommen.

Die Kontrolle über das Öl ist die hauptsächliche Motivation für diesen Krieg. Aus diesem Grund wurde der Irak zum Ziel für einen Krieg. Deshalb auch unterstützten die USA Saddam Hussein in den 1970ern und 1980ern, als er ein Verbündeter und Freund war und D. Rumsfeld ihn in Bagdad traf. Deshalb besetzen die USA den Irak bis sie eine Regierung einsetzen können, die ihren Interessen entspricht. Deshalb befinden sich der Iran und Syrien jetzt im Fadenkreuz.

F.: Bush hat behauptet, die USA hätten bereits den Beweis gefunden: die mobilen Anhänger, die vermutlich benutzt wurden, um Massenvernichtungswaffen zu bauen.

A.: Die Geschichte von den mobilen Einheiten ist noch so ein Witz. Fakt ist, dass keine Spuren von biologischen Agenzien auf diesen Anhängern gefunden wurden. Am 01. Juni schrieb die New York Times: "Bisher wurden keine Spuren von biologischen Agenzien auf den Anhängern gefunden und Suchtrupps müssen noch die dazugehörigen Anhänger finden, die gebraucht werden, die Suspensionen, die auf den Anhängern hergestellt werden, in gebrauchsfertige Waffen umzuwandeln." Weiter heißt es in dem Artikel: "Geheimdienstanalysten teilten in der letzten Woche Reportern mit, dass die Konfiguration der Geräte auf diesen Anhängern nicht geeignet sei, um dort biologische Agenzien herzustellen, außerdem handelt es sich um eine Konstruktion, die auch von anderen verwendet wird und nicht dazu führen würde, die Anhänger instinktiv mit biologischen Waffen in Verbindung zu bringen.

Sie greifen nach jedem Strohalm. Es gibt keine Beweise dafür, dass es sich bei den mobilen Einheiten um Biowaffenanlagen handelt. Wenn man den Beweis, den sie jetzt vorbringen mit den Behauptungen, die Colin Powell der UNO präsentierte, vergleicht - seine Arroganz, seine Gewissheit - es ist schon erstaunlich.

F.: Im britischen Unterhaus hat all dies einen Aufruhr verursacht, auch hier im Kongress, aber in einem geringeren Ausmaß. Was, glaubst du, wird dabei herauskommen?

A.: Der CIA behauptet, er werde untersuchen, inwieweit der Geheimdienst für politische Zwecke missbraucht worden ist. Ich denke wir müssen skeptisch sein, in welchem Ausmaß dem Fuchs die Bewachung des Hühnerstalls übertragen wird und wirklich enthüllt, wieweit die US- und die britische Regierung bei der Manipulation der Geheimdienste gegangen sind, um diesen Krieg zu führen.

Die Kolumnistin der New York Times Maureen Dowd stellte es am 25. Mai wie folgt dar: "Bis der CIA seinen Bericht liefert, wird es Zeit herauszufinden, wie unser Geheimdienst beim Vorspiel für den Angriff auf den Iran ausgetrickst wurde. Wir können uns nicht auf den CIA oder einen Kongressausschuss verlassen, um einen tief greifenden Skandal zu enthüllen."

Dies ist wirklich wahr, angesichts der Tatsache, dass die Medien dabei eine solch zynische Rolle gespielt und ein Interesse daran haben, schnell zum nächsten Krieg und zur nächsten Geschichte überzugehen und es der Öffentlichkeit nicht zu gestatten, herauszufinden, wieweit sie selbst an der Propagandakampagne beteiligt waren. Wir brauchen öffentlichen Druck und Aktivisten in der Antikriegsbewegung, die diese Lügen enthüllen, den Medien gegenüberreten und Druck auf die Bush-Administration ausüben.

Es ist wichtig daran zu erinnern, dass der Watergate-Skandal in Zusammenhang mit Massenprotesten und Aktionen von zivilem Ungehorsam gegen den Krieg in Vietnam stattfand. Ob diese Geschichte nun wahrgenommen werden wird, hängt davon ab, in welchem Ausmaß wir den Widerstand gegen die Besetzung des Irak organisieren, die Lügen enthüllen, die erzählt wurden, den Krieg zu rechtfertigen und das öffentliche Bewusstsein steigern.

Übersetzt von: Tony Kofoet

Originalartikel: "Bush's Case For War Exposed"

## **4 Konsequenzen für die Friedensarbeit**

### **4.1 Kapital braucht demokratische Kontrolle**

Nach der Demokratisierung der Industriegesellschaften im vergangenen Jahrhundert scheint inzwischen der Scheitelpunkt der demokratischen Entwicklung überschritten zu sein.

Das TINA-Prinzip (*There is no Alternativ*) - wie von Margret Thatcher gepredigt- wurde zum Leitmotiv im Mainstream der Globalisierungsdebatte. Es soll keine Alternative neben der Selbstregulierung des Weltmarktes geben.

Doch ein Sachzwang und ein mangelnder Wille zu Alternativen steht im Widerspruch zu den demokratischen Grundprinzipien. Warum soll man wählen, wenn ohnehin nur ein Weg zu gehen ist?

Es vollzieht sich ein Funktionswandel des Staates vom Sozial- und Umverteilungsstaat zum Wettbewerbsstaat. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht nicht mehr, dem demokratischen Auftrag nach, für eine sichere, friedliche, und freie Zukunft zu sorgen, sondern es geht darum, die gesamte Gesellschaft für den internationalen Standortwettbewerb fit zu machen. (WAHL, P.: Kapital braucht Kontrolle. WEED-Broschüre)

In diesem Zusammenhang sehen die Regierungen unserer Industrieländer es als ihre legitime oder gar zwingende Aufgabe an, die demokratischen Grundgedanken und Instrumente in den Dienst des Marktes zu stellen.

Eine zweite, vielleicht noch erschreckendere Entwicklung ist der Trend, wie er zumindest für die USA am besten offengelegt ist: Der Trend von der Demokratie zu einer Plutokratie, also der Herrschaft der Reichen. Wahlerfolge sind nur möglich mit unvorstellbaren Geldsummen. Reiche und v.a. einflussreiche Familienclans stellen die Kandidaten. Ohne die finanzkräftige Unterstützung der Wirtschaft, i.d.R. Ölkonzerne, Waffenindustrie oder Finanzwirtschaft gehen die wenigsten Kandidaten an den Start. Selbstverständlich steckt immer ein Eigeninteresse dahinter, so dass nach gewonnener Wahl nicht nur dem Interesse des wählenden Volkes sondern auch den Wünschen der Sponsoren entsprochen werden muss.

Das Prinzip wird vereinfacht, wenn Politik und Wirtschaft mit den gleichen Personen besetzt sind. Das gilt nicht nur für die USA, in denen z.B. Donald Rumsfeld, US-Verteidigungsminister die Carlyle-Gruppe mit leitet, zu der 213 Rüstungs-Luftfahrt und Kommunikationsunternehmen gehören (s. Abb. 2). Zu hinterfragen ist auch, ob wir nicht

auch in Deutschland - wenn auch weniger spektakulär - diesem Modell nacheifern, wenn man sich vor Augen führt, wie viele Politiker wirtschaftberatende Funktionen übernehmen.

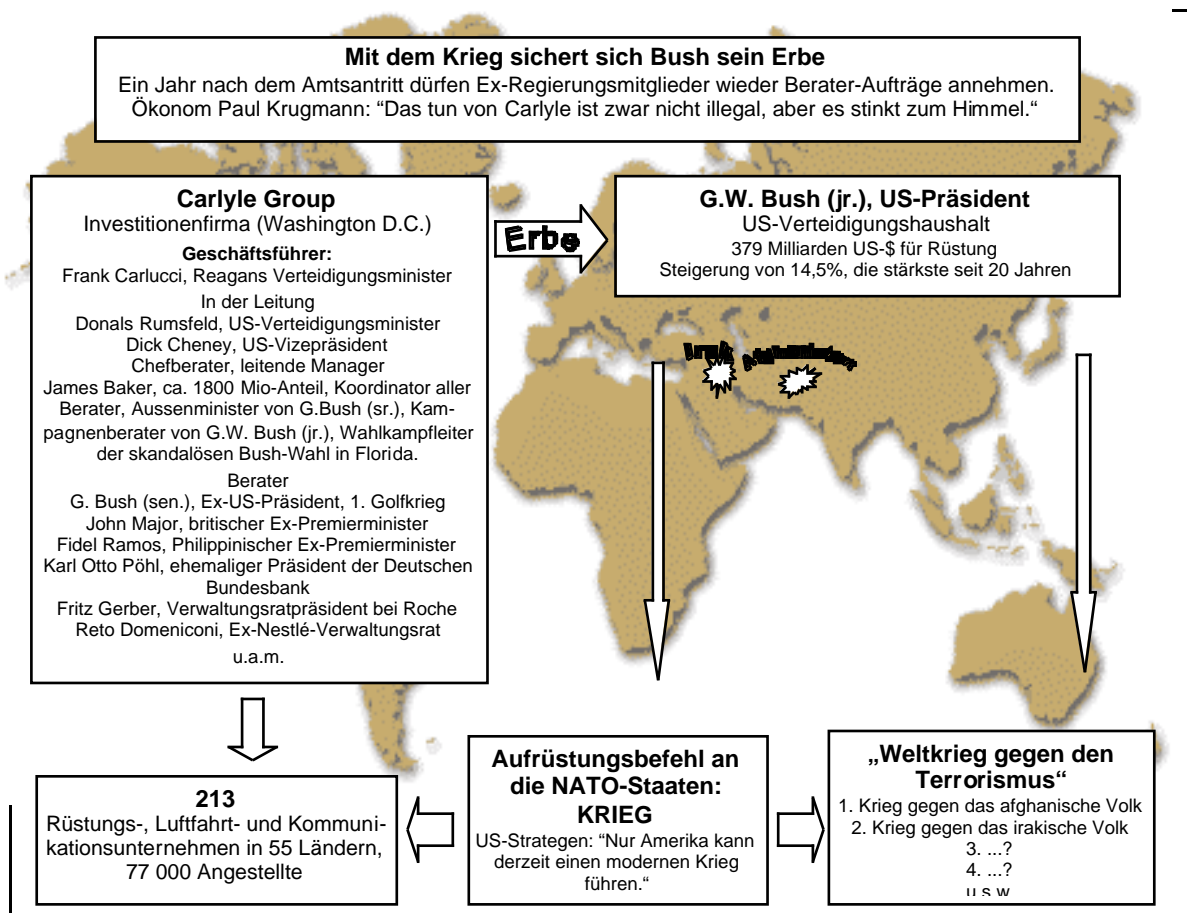


Abb. 2: Die Carlyle Group und ihre Verbindungen zur US-Politik (Zeit-Fragen 11/03/02)

Auch auf dem internationalen Parkett ist der Begriff Demokratie nur eine Floskel. Die wohl wichtigste Institution zur Regulierung des Weltmarktes WTO (World Trade Organisation, gegründet 1995, bestehend aus 141 Staaten und der EU) wird von den reichen Staaten Industriestaaten geführt. Zwar sind nach Satzung alle Staaten gleichberechtigt, doch die armen Länder werden zu vielen „inoffiziellen“ Treffen nicht eingeladen, ihre Stimmen werden gekauft oder erpresst und die Strukturen bleiben für BürgerInnen und gesellschaftlichen Gruppen intransparent.

Die Demokratie muss den Markt kontrollieren und nicht der Markt die Demokratie. Tritt letzteres ein, so wäre definitionsgemäß die Demokratie erloschen und somit auch die zeitgemäße Umsetzung des Willens des Volkes, eine sichere, friedliche und freie Zukunft –ohne Krieg.

Vorstellbar ist schon, dass eine gut informierte und mündige Bürgerschaft in einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft freiwillig einen Krieg zu ziehen bereit ist. Zu konstatieren ist dennoch, dass Mensch von Natur aus Krieg ablehnt und dass ein gewisser

Grad von Fehlinformation, Demagogie oder staatlicher Dominanz zu vielen Kriegen nötig war.

Fazit: Demokratie wirkt Kriegen entgegen!

### **Forderungen**

- **Trennung von Wirtschaftsvertretern und Volksvertretern:**

Die Personalunion muss verboten werden. Soweit es im Einflussgebiet der Deutschen oder Europäischen Politik liegt, müssen entsprechende Gesetze erlassen oder verschärft werden. Verbindungen von Politikern zu Wirtschaftsunternehmen müssen offengelegt werden.

Auf diplomatischem Wege muss gleiches für außereuropäische Staaten angestrebt werden.

- **Demokratisierung der Internationalen Gremien:**

Eine wahre Gleichberechtigung der Internationalen Gremien muss angestrebt werden. WTO, IWF, Weltbank und G8-Treffen dürfen nicht mehr zum Ausbau der Vormachtstellung der reichen Industriestaaten missbraucht werden. Gegebenenfalls müssen neue, prozessunterstützende Institutionen geschaffen werden.

- **Kontrolle des Devisenhandels:**

Die Selbstvermehrung des Kapitals durch Devisenspekulationen auf Kosten ärmerer Länder mit der Folge von Wirtschaftskrisen muss unterbunden werden. Die „Tobin-Steuer“ bzw. deren Weiterentwicklungen müssen weiter propagiert und umgesetzt werden.

Diese Ziele verfolgen die „Globalisierungskritiker“, die als Netzwerk ATTAC seit 1998 mehr und mehr Beachtung zugesprochen werden kann.

## **4.2 Die Rolle der UNO heute nach den Erfahrungen des dritten Irakkrieges**

Leidvolle Kriegserfahrungen und „die Hoffnung, ein Ausgleich zwischen unvereinbar scheinenden Interessen sei auf der kleinsten gemeinsamen Nenners möglich, stand Pate bei der Gründung der UNO. Die Vereinten Nationen waren niemals der Gralshüter des Guten, Schönen und Wahren. Ganz im Gegenteil, die meisten ihrer Mitgliedstaaten sind Diktaturen, ihr Regelwerk ist bürokratisch, ihre Effizienz beklagenswert gering. Aber sie haben einen unschätzbaren Vorteil – sie sind alternativlos, wenn es darum geht, Bündnisse zu schmieden. Verlieren sie diese Funktion, dann gilt das Recht des Stärkeren...“ [1]

Die Machtstrukturen sind in dem bürokratischen Regelwerk der UNO festgezimmert, demokratische Mehrheitsverhältnisse sind eine Utopie. Die in den Zielen festgeschriebene Gleichberechtigung aller Völker ist durch Struktur und Abstimmungsregeln vereitelt wor-

den - wahrscheinlich nie vorgesehen gewesen. Auf diese Weise wurde die UNO zum Spiel der Großmachtinteressen. Während der Zeit des kalten Krieges verhinderte die Möglichkeit des Veto im Sicherheitsrat Entscheidungen und führte zu einem jahrzehntelangen Patt. Die UNO war handlungsunfähig. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtblocks nutzten die USA ihre Vormachtstellung.

Die Erfahrungen des Irakkrieges zeigen, wie die Großmächte mit dem Völkerrecht und seinen Institutionen umgegangen sind. Die neue Bush-Doktrin ist ein radikaler Umsturz des kollektiven Sicherheitssystems zugunsten eines hegemonialen Herrschaftssystems auf der Basis unanfechtbarer militärischer Überlegenheit. Nicht, dass sich die US-Administration offen von Völkerrecht und UNO verabschiedet – sie hat beides in Vorbereitung des Krieges vielfach angerufen. „...denn, auch eine Hegemonialmacht braucht Verbündete, Vasallen und Claqueure. Letztendlich jedoch, wenn sich der demokratische Prozess als zu schwerfällig erweist, ist er verzichtbar und werden Verbündete zu Vasallen.“ [2]

Die neue Bush-Doktrin ist eine radikale Abkehr sowohl vom US Präsidenten W.Wilson, als auch vom US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, der das Konzept der kollektiven Sicherheit noch während des zweiten Weltkrieges für das einzige hielt, um die Nachkriegsordnung dauerhaft und friedlich zu gewährleisten. Dies System ist in der UNO-Charta von 1945 kodifiziert.

Die US-Administration nimmt sich heute das Recht zur präventiven Verteidigung. Das Kriegsziel, Saddam Hussein zu beseitigen, um die Welt vor der Gefahr der Massenvernichtungswaffen und des Terrorismus zu befreien, ist völkerrechtswidrig.

„Auch heute gehört die Beseitigung eines fremden Staatsoberhauptes nicht zu den Kompetenzen anderer Regierungen. Art 2Z.7 UN-Charta gilt nicht nur für die UNO, sondern für jeden Mitgliedstaat, wenn er bestimmt: ‚Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören,...nicht abgeleitet werden‘.“ [2]

Das Recht auf Anwendung einer Präventivverteidigung ohne Änderung der UN-Charta löst die US-amerikanische Militärführung definitiv von der UNO. „...Die Rücknahme des Gewaltmonopols beraubt die UNO ihrer grundlegenden Friedensidee und ihres wirksamsten Friedensinstrumentes, ja ihrer Daseinsberechtigung. Sie setzt an ihre Stelle nicht einfach nur die unbegrenzbare Macht des US-Empires, sondern verkehrt die demokratische Struktur der UNO-Ordnung in die hierarchische Herrschaftsstruktur einer imperialen Ordnung.“ [2]

Aus den Ursachen des Irakkrieges zu lernen, hieße, eine Plattform zu schaffen, auf der sich möglichst unterschiedliche, ja sogar verfeindete Gruppen versammeln könnten, um zu einer Lösung der weltweiten Probleme zu kommen. Mit Appellen allein lässt sich das nicht bewerkstelligen. Aber die historische Erfahrung der europäischen Nationen zeigt, dass jede nationalistisch oder patriotisch getränkte Weltmachtspolitik letztlich zum Scheitern verurteilt ist. Die Schwierigkeiten der US-Regierung bei der Befriedung Afghanistans und des Iraks zeigen, dass sie auf Verbündete angewiesen sind. Langfristig besteht die Chance, die UNO als eine solche Plattform zu schaffen bzw. umzubauen. Dazu ist es notwendig, die UNO zu stärken und zu reformieren, mit der Demokratisierung der UNO

Ernst zu machen und allen Staaten das gleiche Stimmrecht zu geben. Die Mitwirkung der schwachen und armen Länder muss gestärkt werden. Voraussetzung ist, die Ursache von Konflikten anzugehen, Strategien der friedlichen Konfliktbearbeitung zu entwickeln und sie rechtzeitig und vorbeugend einsetzen, um Gewaltspiralen zu verhindern. Die UNO als eine solche Plattform muss durch verbindliches internationales Recht abgesichert sein.

„Die UNO kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie niemandem als bloße Marionette dient. So ist sie in den letzten Jahren schon von jenen instrumentalisiert worden, gegen deren Wünsche jeder Widerspruch als aussichtslos erschien. Das rächt sich jetzt im Irak. Eine UNO, die den Besatzungsmächten dort weiterhin das Kommando überlasse, erschiene jetzt als bloßes Feigenblatt, und die Vormachtstellung der USA wäre in Granit gemeißelt. Deshalb sollte die UNO auf jede politische, jede militärische, jede ökonomische und sogar jede humanitäre Aktivität verzichten, solange nicht sicher gestellt ist, dass sie nicht selbst die Kontrolle über die Operationen behält.“ [1]

ANDREAS BURO plädierte auf dem Forum „Aktuelle Welt (un)ordnung aus europäischer Sicht“ für eine Wiedergewinnung des Politischen. „Eine Politik, die sich nicht den Machtstrategien der einzigen globalen und unipolaren Weltmacht unterwerfen will, muss um die Wiedergewinnung des Politischen kämpfen. Gegenwärtig besteht eine große Einschränkung und Abhängigkeit der Politik von ökonomischen Interessen. Deshalb muss nach der Phase der Hyperliberalisierung eine Phase der Repolitisierung eintreten. In diesem Zusammenhang fordert er, strenge Rechtsmaßstäbe festzuhalten, und sieht in der Stärkung und Reform der UNO ein zentrales Element. [3]

## **Forderungen**

- Zur Friedenssicherung brauchen wir eine internationale Plattform für Auseinandersetzungen, Einigungen, Bündnisse und Kontrollmöglichkeiten. Zur bestehenden UNO mit allen Schwächen und Mängeln gibt es keine realpolitische Alternative. Also gilt es, den Bestand der UNO zu sichern und sie zu einem demokratischen, weltpolitisch wirksamen Instrument auszubauen, das internationales Recht durchsetzt und das Völkerrecht bewacht.
- Stärkung des internationalen Strafgerichtshofes.
- Ausweitung des Individualbeschwerdeverfahrens im Rahmen des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt).
- Verbesserung der völkerrechtlichen Stellung von NGO
- Initiative für eine UN-Konvention zur politischen Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen.
- Da die USA behauptet, dass ihr Verhalten völkerrechtskonform ist, schlägt der Bundesverwaltungsrichter D. Deiseroth vor, diese Behauptung über ein Rechtsgutachten, beauftragt von der UN-Generalversammlung, vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag untersuchen zu lassen. [4]

## Quellen:

- [1] GAUS, B.: Die Uno ist kein Feigenblatt. In taz 9/2003.
- [2] PEACH, N. (2003): Der Irakkrieg,. Abschied vom System der Kollektiven Sicherheit. Sozialismus 1/2003.
- [3] BURO, A.: in IPPNW Forum 81/82/ Juli 03.
- [4] „Ein Krieg gegen Irak wäre eindeutig völkerrechtswidrig“. Bundesverwaltungsrichter Dieseroth über die rechtlichen Folgen eines „verfassungswidrigen Angriffskrieges“. Frankfurter Rundschau vom 01.04.2003.

## **4.3 Der Trend zur Militarisierung**

### **4.3.1 Atomwaffen**

Die USA bemühen sich zur Zeit eine neue Generation von Atomwaffen sog. Mini-Nukes als neue Form der nuklearen Kriegsführung salonfähig zu machen. Die ersten Voraussetzungen zur Produktion der Mini-Nukes wurde über eine Zustimmung des Streitkräfte-Ausschusses des Senats geschaffen. Von der US-Administration ist zudem geplant, das Spratt-Furse Amendement aufzuheben, welches das einzige, rechtlich bindende Verbot im Bereich der Atomwaffenentwicklung darstellt und die Entwicklung und Einführung von Mini-Atomwaffen untersagt. Im Januar 2002 wurde dem Kongress das Nuclear Posture Review, einem geheimen Papier zur Überprüfung der Nuklearstrategie und des Nuklearwaffenpotentials der USA, übergeben. Dieses Papier empfiehlt die Zusammenlegung konventioneller und strategischer Angriffsoptionen unter ein Kommando, so dass es in Zukunft kein gesondertes Nuklearwaffen-Oberkommando und damit eine weitere Kontrollinstanz weniger geben wird.

Generell hat die USA den Einsatz nuklearer Waffen zur Vergeltung in der Vergangenheit nie ausgeschlossen. In der National Security Presidential Directive (NSDP) vom 14.09.2002 erklärte die US-Administration allerdings neuerdings, dass beim Einsatz jeder Art von Massenvernichtungswaffen gegen die USA sie sich das Recht herausnimmt, gegebenenfalls mit dem Einsatz von Atomwaffen zu antworten. Die bisherige Abschreckungsstrategie (negative Sicherheitsgarantien) wurde somit auf den Besitz aller Art von Massenvernichtungsmittel wie biologische und chemische Kampfstoffe erweitert. Mit Blick auf die „Nationale Sicherheitsstrategie“, die gegen Gefahren auch einen präventiven Militäreinsatz vorsieht, rückt der Einsatz von nuklearen Waffen gegenüber sogenannten Schurkenstaaten wie Nordkorea, Iran, Syrien und Libyen immer näher.

Neben der zunehmenden Gefahr des Einsatzes von nuklearen Waffen schafft es eine wachsende Unsicherheit in den Staaten, die sich von den USA bedroht sehen. Das angestrebte Ziel der Abschaffung aller Atomwaffen über den ABM-Vertrag, der bereits von den USA aufgekündigt wurde, wird durch dieses Vorgehen ad absurdum geführt. [3]

### 4.3.2 Die Nutzung von Privatfirmen in der militärischen Verteidigung

In vielen Ländern führen Kürzungen im Militärhaushalt zur Reduzierung der Rüstungsausgaben und zu Personalabbau. Um dieser Entwicklung auszuweichen und den Militärapparat weiterhin zu halten werden vermehrt private Militärfirmen in Anspruch genommen, die Dienstleistungen und Personen zur Verfügung stellen. Während beispielsweise im Golf-Krieg 1991 das Verhältnis von Personal privater Militärfirmen und US-Heer noch 1:50 bis 1:100 betrug das Verhältnis lag im Golf-Krieg 2003 bei 1:10.

Damit ist ein Personalabbau im Verteidigungsbereich nicht zwangsläufig mit einer Verringerung des Verteidigungsapparates verbunden - Militärkosten treten möglicherweise nicht mehr im Verteidigungsetat auf, sondern können über andere Haushaltstöpfe gedeckt werden -. Diese Entwicklung führt im Ernstfall zur Abgabe von Kontrolle und Verantwortung. Sie führt zu einer Veränderung der Rolle und Bedeutung staatlicher Institutionen. Die Wirksamkeit der parlamentarischen Kontrolle vermindert sich zunehmend. [4]

### 4.3.3 Die Militarisierung Europas

These 1: Militäranwendung ist oft völkerrechts-(bzw. grundgesetz-)widrig und ineffektiv. Nur 10% der US-amerikanischen Militärausgaben würden reichen, um die Verhungerten dieser Welt mit Nahrung, Wasser und Volksschule zu versorgen.

Ein Beispiel ist der Kosovokrieg: Er brach das Völkerrecht und führte zu einer Ausgrenzung und Vertreibung von Minderheiten im Kosovo. Der Kosovo würde beim Verlassen der internationalen Schutztruppen sofort wieder im Bürgerkrieg versinken; trotz der Tatsache, dass die OSZE die Lage vor Ausbruch des Krieges schon unter Kontrolle gebracht hatte.

Dies zeigen die Thesen zur Vermeidbarkeit des Kosovo-Krieges, die Brigadegeneral a. D. Heinz Loquai sachkundig formulierte [1]

- Krieg kann nur als letzte drakonische Maßnahme der UNO akzeptiert werden, wenn alle anderen Maßnahmen ausgeschöpft sind, wenn die Weltgemeinschaft bedroht ist.
- Einzelstaaten dürfen nur zu direkter Verteidigung ihres Territoriums Krieg führen, wenn die Völkergemeinschaft nicht tätig wird beziehungsweise bevor diese tätig wird.

Ron Mc Coy, der Vorsitzende der internationalen IPPNW (Internationale Ärzte zu Verhütung des Atomkrieges) sagte auf der Konferenz „Kultur des Friedens“ im Frühjahr 2003 in Berlin, der „vorbeugende Krieg“ entspräche dem Gesetz des Dschungels. Die USA seien das größte Hindernis auf dem Weg zum Frieden. Schon die ersten Atombomben seien Kriegsverbrechen gewesen. Die USA strebten „full spectrum dominance“ auf dem Boden, der See und der Luft (outer space and cyber space) an. Dagegen stünden als Gegenterror chemische und biologische Waffe als „poor mans weapons“. Staatsterrorismus und Terrorismus führten nur zu einer Vermehrung des gemeinsamen Leidens. Auch die ame-

rikanische Friedensbewegung muss natürlich auf die grotesken Militärausgaben der USA hinweisen, worunter die USA wirtschaftlich leiden, und tut es auch.

Die Aufrüstung wird zu weiterer Verarmung Europas führen:

Statt die durchaus notwendigen militärischen Zwangsmittel bei einer reformierten UN anzusiedeln, so der Journalist Andreas Zumach, reagiere die EU vorschnell und mit den falschen, weil militärischen Mitteln, auf eine noch völlig ungeklärte Bedrohungsanalyse.

Damit werde - von den europäischen Institutionen noch nicht kontrolliert - neues Geld für eine Aufrüstung ausgegeben, mit der man aber das Wettrennen mit den USA am Ende doch nicht gewinnen könne. [2]

Die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien scheinen mir völkerrechtswidrig. Eingreiftruppen werden geschaffen statt Landesverteidigung. (Das „Schild“ wird dabei abgebaut). Dabei besteht eine Ideologie des Eingreifens zur Friedensbewahrung, die aber nur bei der Aufgabendelegation, im Einzelfall von der UNO, zu Europa hin gegeben ist.

These 2: Friedliche Maßnahmen, die sich auf das Eigeninteresse der Bürger stützen, sind viel effektiver. (Allerdings ist dieses organisatorisch zuerst aufwendiger.)

Ein Beispiel ist Europa: Nach dem zweiten Weltkrieg hat es beschlossen, die Jahrtausende alten Zwickigkeiten zu begraben, und hat den oben genannten Weg eingeschlagen. Begonnen wurde dies mit der EU, die sich auf den größten Teil von Europa inzwischen ausgeweitet hat.

Europa kann die USA nur moralisch und wirtschaftlich überflügeln, wenn es als Friedensmacht auftritt. Dann kann es weitgehend abrüsten und Berufssoldaten zu Friedensfachkräften umschulen sowie freiwerdende Gelder aus der Rüstung in die notleidenden sozialen Aufgaben stecken.

Europa hat allein mehr Soldaten und Panzer als Russland. Wir könnten sicher einen Vertrag mit Russland machen, dass wir weiter abrüsten, wenn es auch abrüstet. Und Europa sollte die Nato schleunigst verlassen.

Europa als Friedensmacht oder Militärmacht! Beides zusammen geht nicht!

Fazit: Friedlich ist besser!

"Eine EU-Streitmacht als Schild Europas und nicht als Schwert Amerikas", sagt Egon Bahr. (Wie verträgt sich eine Einsatztruppe mit dem Begriff „Schild“??). Er forderte den Aufbau "europäischer Streitschlichtungsstrukturen" für den Wettstreit mit dem US-amerikanischen Ansatz zur Konfliktlösung. [2]

Wirksame Mittel sind die finanzielle Unterstützung von Gemeinschaftsprojekten und die langfristige Durchführung von Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit der Regionen der Welt, z.B. in Süd-Ost Europa und dem Nahen Osten.

## Forderungen

- Uneingeschränkte Rüstungskontrolle, Formulierung weltweiter Standards. Die Rüstungskontrolle und die Ächtung von Massenvernichtungswaffen muss wieder stärker in den Mittelpunkt der Diskussion rücken, wobei die Standards für alle Länder maßgebend sein müssen. Die Zweiklassengesellschaft muss abgeschafft werden.
- Protest gegen die Aufrüstung Europas als zentrale Kampagne des europäischen Sozialforums, des deutschen Sozialforums und von uns.

## Quellen:

- [1] IPPNW: „Kultur des Friedens“. Mai 2003, Berlin.
- [2] IPPNW: „Kultur des Friedens“. Dezember 2000, Berlin.
- [3] NASSAUER, O. (2003): Die Rückkehr der Atomkrieger. Dokumentation. FR vom 13.05.2003.
- [4] WULF, H. (2003): Statisten fürs Manöver gesucht. Wissenschaft und Frieden, Heft 3.

## **4.4 Ursachen des Terrorismus**

### **4.4.1 Armut und mangelnde Entwicklung**

Wie bereits im Kapitel 2.4.3 beschrieben, wird nach einer Analyse des Pentagon zwischen im Netzwerk der Globalisierung integrierten Ländern und nichtintegrierten Ländern unterschieden. Dabei wird bei den nichtintegrierten Ländern die potentielle Gefahr lokalisiert, der unter Umständen mit militärischen Mitteln begegnet werden muss. Dieser Ansatz gibt lediglich Raum für militärische Kontrolle und militärisches Handeln und schließt präventive, diplomatische und humanitäre Maßnahmen aus.

Fehlende Sicherheit und Kriege wirken sich generell negativ auf die Chancen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung aus. Dabei wird Armut und mangelnde Entwicklung, wie in Kap. 2.4.3 erwähnt, als Rechtfertigung terroristischer Aktivitäten angeführt. Um dieser Entwicklung entgegen zu treten, beobachtete das INTERNATIONALE KONVERSIONSZENTRUM BONN (BICC)<sup>2</sup> international zwei Trends: Der erste Trend zeigt, dass handelnde Regierungen der neuen Bedrohungen mit einer Stärkung militärischer Kräfte begegnen, entsprechend der Analyse des Pentagon. Der zweite Trend lässt ihrer Meinung nach erkennen, dass sich zunehmend die Erkenntnis durchsetzt, die weltweite Armut spürbar zu verringern und die Aussichten auf eine nachhaltige Entwicklung für einen großen Teil der Menschheit zu verbessern, um Spannungen abzubauen. [9]

---

<sup>2</sup> an independent non-profit organization dedicated to promoting the transfer of former military resources and assets to alternative civilian purposes The Bonn International Center for Conversion was established in 1994 with support from the Stat of Norrhein Westphalen (NRW). The Center's Trustees include the two German states of North Rhine-Westphalia and Brandenburg as well as the Westdeutsche Landesbank-Girozentrale (WestLB), Düsseldorf/Münster and the Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG) (Development Agency).

Seit dem 11.09. besteht die Tendenz die Anti-Terror-Maßnahmen auf militärischem und politischem Weg fortzusetzen und die strukturellen Ursachen, die zur Unterstützung und zur Bereitschaft von Terror führen, auszuklammern. [1]

#### **4.4.2 Politische Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens**

Die arabischen Länder – 22 plus die Palästinensischen Gebiete – stecken in einer tiefen Modernisierungskrise. Das Bruttoinlandsprodukt aller arabischen Länder liegt trotz des Ölreichtums mit 531 Mrd. Dollar unter dem von Spanien mit 596 Mrd.. Das reale Pro-Kopf-Einkommen stieg seit den 70er Jahren, die die größten Wachstumsraten von jährlich bis zu 8,6 % aufwiesen, bis 1998 pro Jahr jeweils nur um durchschnittlich 0,5 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird nicht zuletzt durch die Kriege und Bürgerkriege in den Ländern Algerien, Djibouti, Irak, Libanon, Somalia, Sudan und den palästinensischen Gebieten gebremst. Die ungebremsste Bevölkerungsexplosion, die Landflucht sowie mangelnde Perspektiven insbesondere junger Menschen in den Städten fördern den Zulauf zum politischen Islamismus.

Die durchgehend autoritären Regime sorgen dafür, dass die Einnahmen über die Erdölförderung vorwiegend unter den Herrschenden aufgeteilt werden. In der Regel wird die politische Opposition unterdrückt und die Menschenrechte missachtet. Eine politische Liberalisierung wird aus Angst vor einem zunehmenden Einfluss der Islamisten unterdrückt. Mangelnde Aussichten auf eine politische und wirtschaftliche Veränderung bilden den Nährboden für einen Terrorismus religiöser Fanatiker.

*The Arab Human Development Report*<sup>3</sup> sieht die Möglichkeiten zur Auflösung des Zusammenhangs zwischen Autoritarismus und Islamismus in der Entwicklung einer politischen Öffentlichkeit und durch die Anerkennung der Menschenrechte in den einzelnen Ländern. Nur durch Freiheiten und eine politische Mitsprache kann sich nach Meinung der Autoren eine Entwicklungsdynamik entfalten. Weitere Hemmnisse bilden die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und das unzureichende Schul- und Bildungssystem.

Die Veränderung, die die Entwicklung einer modernen Gesellschaft nach sich zieht, die Zerstörung hergebrachter Strukturen, ökonomische Veränderungen, soziale Individualisierung, der Verlust traditioneller Werte wecken auf der andern Seite das Bedürfnis nach Gemeinschaft, deren Verwirklichung mit dem politischen Islamismus verknüpft ist. [12]

---

<sup>3</sup> The Arab Human Development Report, Bericht über die menschliche Entwicklung in der arabischen Welt vom Dezember 2002 ([www.undp.org/rbas/ahdr/english.html](http://www.undp.org/rbas/ahdr/english.html)).

#### **4.4.3 Auswirkungen auf das internationale, politische Engagement**

Der Trend ist zur Zeit, dass zwar gegen den Terror vorgegangen wird, aber es erfolgt kein Engagement zur Beseitigung der ursächlichen Wurzeln und der Entwicklungen, die zum Terrorismus führen.

Die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen, die im Rahmen der Anti-Terror-Maßnahmen verübt werden, wie Gewalt, Willkür und Mord, wird nicht übernommen. Die Selbstreflexion über das eigene Handeln bleibt weitgehend aus. Während die Gewalt von Terroristen, terroristischen Organisationen und Führern gegeißelt und verurteilt wird, unterliegt das eigene Handeln dem Duktus einer besseren, höheren Sache. Beispielsweise haben alle Staaten, die Soldaten nach Kabul entsandten, mit der afghanischen Regierung ein Immunitätsabkommen abgeschlossen, nach dem jeder Soldat persönlich zustimmen muss, bevor er dem Internationalen Strafgerichtshof unterstellt werden darf. Berichte, wonach ein britischer Soldat wegen möglicher Kriegsverbrechen im Irak festgenommen wurde [5], werden wahrscheinlich eher die Ausnahme bilden.

Es fehlt an rechtsstaatlich zwingend gebotenen unabhängigen Untersuchungen. Eine Kontrolle der Staaten seitens Internationaler Menschenrechtsinstanzen hinsichtlich der Anti-Terrorismus-Maßnahmen wird abgelehnt. Vielmehr versuchen die Beteiligten sich der Beobachtung durch neutrale Stellen zu entziehen.

#### **4.4.4 Auswirkungen für die Menschenrechte**

Das Institut für Menschenrechte kommt zu dem Schluss, dass eine Reihe der getroffenen Anti-Terror-Maßnahmen grundlegende Menschenrechte und parallel das Völkerrecht unterminieren.

Vorfälle in Afghanistan, wie die mutmaßlichen Tötungen von Kriegsgefangenen im Herbst 2001, die Tötung von Zivilisten durch Splitterbomben oder von Gästen einer Hochzeitsgesellschaft sind bisher nicht aufgeklärt worden. Obwohl die Tatorte unter der Kontrolle der afghanischen Regierung und der Anti-Terror-Koalition stehen. [14]

Aus dem Protokoll der jährlichen Sitzung der Menschenrechtskommission im April 2003 wird deutlich, dass die Bewertung und Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen im Schatten der internationalen Konflikte (Anti-Terror-Maßnahmen) und insbesondere des Irak-Krieges standen. Es zeichnete sich eine deutlich stärkere Allianz zwischen den Staaten ab, durch die eine Verurteilung wegen der Missachtung von Grundfreiheiten zum Teil verhindert wurde. Die Verwirklichung von Menschenrechten musste den vermeintlichen nationalen Interessen weichen. Nach Meinung von AI hat die UN-Menschenrechtskommission ihre Glaubwürdigkeit schwerwiegend untergraben. [2]

#### Auswirkungen in den USA

Nach dem Anschlag am 11.09. wurde die Öffentlichkeit bei Abschiebungsverfahren gegen terrorismusverdächtige Ausländer pauschal ausgeschlossen. Diese Maßnahme wurde

von einem Berufungsgericht als verfassungswidrig beurteilt. Die Bedeutung dieses Vorgehens gewinnt insofern an Brisanz, als das nach dem 11.09. hunderte verdächtiger Personen festgenommen wurden.

Es wird ein künstlicher Rechtsraum (Graubereich) geschaffen, der die Talibankämpfer von ihren Rechten als Kriegsgefangene ausschließt und die Möglichkeit schafft, willkürlich mit ihnen zu verfahren. Das Gerichtsverfahren wird nach Ermessen der US-Administration definiert. („Parallelwelten der Rechtlosigkeit“)

Als Folge des Anschlags sind generell die Vollmachten der Sicherheitsbehörden in den USA Ende 2001 über den „Patriot Act“ ausgeweitet worden. In seiner wiederholten Rede zum Jahrestag des 11.09. im Jahr 2003 unterstützt der Präsident G. Bush zudem die Bemühungen des Justizministers J. Ashcroft, die Befugnisse der Behörden weiter auszuweiten. Trotz einer erfolgreichen Bilanz durch die Anti-Terror-Maßnahmen fordert er eine weitere Verschärfung der Gesetze: In dringenden Fällen sollen Zwangsvorladungen ohne richterliche Zustimmung erlaubt sein, die Freilassung auf Kautions soll bei Terrorverdächtigen abgeschafft sowie die Verhängung der Todesstrafe bei Sabotage auf Militär- und Atomeinrichtungen mit Todesfolge für Dritte erlaubt werden. [8]

#### Auswirkungen auf das Völkerrecht

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in der grundlegenden Resolution 1368 einstimmig festgestellt, dass die terroristischen Anschläge von New York und Washington vom 11. September 2001 eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen.

Der Weltsicherheitsrat hat damit eine Weiterentwicklung bisherigen Völkerrechts vorgenommen. Bislang galt ein bewaffneter Angriff, der eine Störung des Weltfriedens oder der Weltsicherheit darstellte, immer dann, wenn es sich um einen Angriff von einem Staat auf einen anderen Staat handelte. Mit dieser Resolution - das ist das entscheidend Neue - sind die völkerrechtlichen Voraussetzungen für ein entschiedenes, auch militärisches Vorgehen gegen den Terrorismus geschaffen worden. Dies ist eine gefährliche Entwicklung, die militärischem Handeln weltweit ungeahnte Spielräume verschafft. Nicht zuletzt bezeichnet die USA ihre Intervention im Irak aufgrund dessen als völkerrechtskonform.

Im „Friedensgutachten 2003“ der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung wird vor der Rückkehr zum Krieg als gewöhnliches Mittel der Politik gewarnt. Die wachsende Bereitschaft zur militärischen Konfliktlösung und steigende Rüstungsausgaben unterlaufen Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und zur Abrüstung. [3]

#### Auswirkungen in Deutschland

Die Bundesregierung hat nach den Anschlägen vom 11. September 2001 den USA die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands zugesichert. Grundlage dieser uneingeschränkten Solidarität ist die Resolution 1368 der Vereinten Nationen. Seit Oktober 2001 unterstützt die Bundeswehr die amerikanischen Streitkräfte unter anderem durch Lufttransportkräfte, Sanitätskräfte, Spezialkräfte, See- und Seeluftstreitkräfte (s.u.).

Für die Terrorismusbekämpfung hat die Bundesregierung im Haushalt 2002 zusätzlich drei Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Es wurde jedoch nicht aufgeführt, für welche Maßnahmen dieses Geld Verwendung fand.

Gesetzesänderungen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung:

- Streichung des "Religionsprivilegs" und entsprechende Änderungen des Vereinsgesetzes.
- Verschärfung des Ausländergesetzes und Asylgesetzes.
- Einführung eines Ausländerzentralregistergesetz (für Personen mit verfestigtem Aufenthaltstatus, Einführung einer ‚abstrakten Gefahr‘ zur Durchsetzung von Gruppenkontrollen).
- Erweiterung des Pass- und Personalausweisrechts zur computergestützten Identifizierung von Personen: Neben dem Lichtbild und der Unterschrift kann ein weiteres biometrisches Merkmal- in den Pass und den Personalausweis - auch in verschlüsselter Form - aufgenommen werden darf.

### **Forderungen:**

- Untersuchung der Legitimität des Irak-Krieges durch eine internationale Kommission. Die Kommission muss die völkerrechtliche Situation prüfen und beurteilen: Den Verlauf des Krieges, die Wahrnehmung der Pflichten als Besatzungsarmee und Ziele der US-Administration bis zur Übergabe der Selbstbestimmung an das irakische Volk. Letzteres muss insbesondere hinsichtlich der Souveränität des Landes und seiner Unabhängigkeit gegenüber der Besatzungsmächte bewertet werden.
- Laufende Beobachtung und Kontrolle der Anti-Terror-Maßnahmen durch international unabhängige Institutionen oder Personen wie UN-Hochkommissariat für Menschenrechte und UN-Sonderberichterstatter.
- Ergründung der Ursachen des internationalen Terrors und Minderung sowie Behebung struktureller Ursachen unter Beteiligung aller Staaten. Unterstützung internationaler Bestrebungen, die soziale und ökonomische Situation weniger entwickelter Staaten nachhaltig zu verbessern. Unterstützung der Entwicklung benachteiligter Länder mit dem Ziel einer Chancengleichheit.
- Ausstellung eines Mandats an Soldaten, das die Registrierung und Meldung von Rechtsbrüchen bezüglich des Völkerrechts fordert.
- Verhinderung von bilateralen Immunitätsabkommen zum Schutz von Staatsbürgern vor der Auslieferung an den Internationalen Strafgerichtshof.
- Stärkung der zivilen Konfliktprävention und –bearbeitung sowie weltweiter Verzicht auf Krieg als Mittel der Politik.
- Stärkung von Institutionen auf Europäischer Ebene (z.B. KSZE/OSZE, Europarat) zur Fortführung einer Entspannungspolitik und zur Entwicklung einer Kultur der Kommunikation und Toleranz. Dies beinhaltet einen generellen Gewaltverzicht sowie Konfliktlösung auf diplomatischem Weg.

- Grundlegende und streitbare Debatte über die Ordnungsvorstellungen in der Welt. [3] Eingeleitet wird dies bereits durch die Diskussion über eine europäische Sicherheitsstrategie.
- Rückkehr zum Völkerrecht. Anerkennung und Schutz der Souveränität und Gleichheit der Staaten. Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Völkern.
- Unterstützung der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften wie APEC (Asiatisch Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft), OIC (Organisation der Islamischen Konferenz mit 57 Staaten), ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsunion) und weiterer.
- Anerkennung islamistischer Parteien, Integration in politische Prozesse und Meinungsbildung.

#### Quellen:

- [1] DEUTSCHES INSTITUT FÜR MENSCHNERECHTE: Menschenrechtsverletzungen bei der Terrorismusbekämpfung aufklären. Pressemitteilung. Berlin, 10.09.2002.
- [2] SIMONITSCH, P.: Für Tschechien und Tibet interessiert sich Washington nicht mehr. FR vom 28.04.2003, S. 1.
- [3] HAUSWEDELL, C., WELLER, CH., RATSCHN. U. MUTZ, R. u. B. SCHOCH (HRG.) (2003): Friedensgutachten 2003. LIT Verlag Münster.
- [5] DPA: Großbritannien ermittelt wegen Kriegsverbrechen. FR vom 31.05.2003, S. 6.
- [8] OSTERMANN, D.: Bush will die Todesstrafe ausweiten. FR vom 12.09.2003,
- [9] INTERNATIONALE KONVERSIONSZENTRUM BONN (BICC): Conversion Survey. Zusammenfassung von M. Brzoska (Forschungsleiter am BICC) u. P. Croll (Direktor des BICC). Frankfurter Rundschau vom 14.05.2003, S. 7, Dokumentation.
- [12] SCHOCH, B. (2003): Warum der politische Islamismus erfolgreich ist. Dokumentation. FR vom 11.09.2003, S. 7.
- [14] DEUTSCHES INSTITUT FÜR MENSCHENRECHTE: Menschenrechtsverletzungen bei der Terrorismusbekämpfung aufklären. Pressemitteilung, Berlin, 10.09.2002.

## **4.5 Bündnisverpflichtungen und die Rolle der Bundeswehr**

### **4.5.1 Bündnisverpflichtungen**

#### Die NATO

Im Rahmen des Anschlags vom 11.09.2001 hat der NATO-Rat auf einer Sondersitzung den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages festgestellt. Artikel 5 ist das Kernstück des NATO-Vertrages, der auf dem sogenannten Prinzip der kollektiven Verteidigung beruht.

Laut Vertrag ist es jedem NATO-Vertragspartner vorbehalten, selbst zu entscheiden, wie er seinen Vertragspflichten nachkommen will. Bundeskanzler Schröder hat allerdings deutlich gemacht, dass die Bundesregierung den amerikanischen Partnern uneingeschränkt Beistand leisten werde. Über konkrete Schritte sei dabei noch nicht entschieden worden.

Auf einem Treffen der NATO-Außenminister am 6. Dezember 2001 in Brüssel erklärten die 19 Mitgliedstaaten, dass jeder terroristische Angriff auf ein NATO-Land gemeinsam zurückgeschlagen wird. Der Kampf zielt "gegen die Terroristen, ihre Netzwerke und gegen diejenigen, die ihnen Schutz bieten".

### Die Europäische Union

Die EU erwägt eine Sicherheitsdoktrin zu schaffen, um den Gefahren von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen mit einer eigenständigen Politik zu begegnen. In einem informellen Gespräch der EU-Außenminister im Mai 2003 auf Rhodos wurde über eine gemeinsame europäische Linie nachgedacht. Dabei ging es um die Analyse der Bedrohungslage sowie um die europäische Antwort, die ein Bündel wirtschaftspolitischer, diplomatischer und militärischer Mittel umfasst. Ziel der Doktrin ist es, Staaten zur Aufgabe von Massenvernichtungswaffen zu bewegen und sie von einer Unterstützung des Terrorismus abzuhalten. Auch hier wird der Einsatz militärischer Mittel billigend in Kauf genommen und damit der Linie der USA gefolgt.

#### **4.5.2 Die Rolle der Bundeswehr**

Durch Entscheidung des NATO-Rates im Oktober 2001 sieht sich auch die Bundesregierung als Bündnispartner in der Pflicht der USA beizustehen. Bundeswehreinheiten wurden daraufhin zur Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte unter anderem durch Lufttransportkräfte, Sanitätskräfte, Spezialkräfte, See- und Seeluftstreitkräfte entsendet. Eine Grundlage für diese Unterstützung bildet zudem der Bundestagsbeschluss vom 16.11.2001

Auf der Homepage der Bundeswehr heißt es weiter, dass die Bundeswehr darüber hinaus breitgefächerte militärische Beiträge in den Einsatzgebieten leistet, „die von der Mithilfe bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im jeweiligen Gebiet und der Unterstützung humanitärer Maßnahmen über Schutzmaßnahmen für eingesetzte militärische Kräfte“. Es ist weiter zu lesen, dass die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Einsatzarten fließend sind. „Eine rasche Eskalation von Konflikten, wodurch ein friedenserhaltender Einsatz in eine Operation mit höherer Intensität übergeht, ist nie auszuschließen.“ [4] Möglicherweise zielt dieser Zusatz auf den Einsatz des Kommando Spezialkräfte in Afghanistan ab.

Seit Ende des Krieges in Afghanistan unterstützen deutsche Soldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) mit Billigung des Bundestags die US-Armee in Afghanistan im Kampf gegen die Al Qaeda. Über den Bundestagsbeschluss vom 16.11.2002 sind sowohl huma-

nitäre Aktivitäten als auch reine Kampfeinsätze genehmigt worden. Obwohl in diesem Beschluss enthalten ist, dass der Einsatz der deutschen Soldaten unter deutschem Kommando erfolgt, unterstehen sie real dem US-amerikanischen Kommando.

Über die Aktivitäten der KSK-Einsatzkräfte wird von Seiten der Regierung stillschweigen geübt, um eine Gefährdung der Beteiligten und ihrer Angehörigen zu vermeiden. Es ist allerdings naheliegend, dass sie direkt oder indirekt an Festnahmen von Al Qaeda-Kämpfern beteiligt sind. Die Übergabe dieser Kämpfer an die US-Armee stellt jedoch die Beteiligung an einem Völkerrechtsbruch dar, da diese Gefangenen von den USA nicht als Kriegsgefangene eingestuft und behandelt werden. [3]

In diesem Zusammenhang stellt das Institut für Menschenrechte zurecht die Forderung nach einem Mandat für Soldaten zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen. Bisher besitzen die Bundeswehrsoldaten weder ein Mandat, noch die Ausbildung und die Pflicht zur Registrierung von Menschenrechtsverletzungen. [1]

Generell stellt sich die Frage, ob diese Einsätze grundgesetzkonform und auf den Verteidigungsfall anwendbar sind. Zudem sind die Soldaten mit Erfüllung militärischer Aufgaben betraut worden.

### Entsendegesetz

Hinter den Kulissen wird auch in der SPD diskutiert, ob die Zustimmungspflicht des Parlaments vor Auslandseinsätzen der Bundeswehr durch ein flexibleres Verfahren ersetzt werden sollte. Dabei wurde bereits laut über eine Verfassungsänderung nachgedacht. Nach Ansicht von Parlamentariern würde durch die vorangehenden Beratungen über die Anti-Terror-Einsätze und die nötige Zustimmung durch das Parlament "das Moment der Überraschung hinfällig" werden. [2] Diese Kritik am derzeitigen Entscheidungsweg zielt auf schnelle militärische Einsatzmöglichkeiten, die der Kontrolle durch das Parlament entzogen wären.

### Forderungen:

- Diskussion über Rolle und Aufgaben der Streitkräfte national und international, Klärung von Zielen und Mitteln als Grundlage für eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- Die Bundeswehr darf nicht zur Sicherung wirtschaftlicher Interessen missbraucht werden.
- Krisenprävention und Friedenskonsolidierung!

### Quellen:

[1] DEUTSCHES INSTITUT FÜR MENSCHNERECHTE: Menschenrechtsverletzungen bei der Terrorismusbekämpfung aufklären. Pressemitteilung. Berlin, 10.09.2002.

[2] MENG, R.: Bundeswehreinsatz ohne Parlament? FR vom 13.10.2001.

[3] PFLÜGER, T. (2002): Die Calwer Truppe Kommando Spezialkräfte auf Terroristenjagd. IMI Informationsstelle Militarisierung e.V., Tübingen.

[4] [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de)

## **4.6 Die Energiewende**

### **4.6.1 Einsparen fossiler Brennstoffe durch eine Energie- und Verkehrswende**

Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, dass die Sicherung von Energie und damit von Energieträgern eine große Bedeutung in den wirtschaftstarken Ländern hat. Militär wird zunehmend zur Sicherung eingesetzt, direkt oder indirekt. Ohne Energie gibt es keine wirtschaftliche Entwicklung. Eine wesentliche Forderung muss es unter anderem sein zu einer von fossilen Energieträgern weitestgehend unabhängigen Energiegewinnung zu kommen. Das bedeutet die Einleitung einer Energiewende.

#### **Forderungen**

- Sofortiges und endgültiges Abschalten deutscher Atomkraftwerke.
- Verstärkter Einsatz von Gaskraftwerken.
- Massive Aufstockung von staatlich geförderten Energie- und Stromsparprogrammen. Schaffung einer effizienten dezentralen Energieversorgungsstruktur auf der Basis von Kleinkraftwerken.
- Es erfolgt ein mittelfristiger Ausstieg aus der Großkraftwerk-Technik.
- Es folgt eine verpflichtende Einführung des least-cost-planning (Energieeinsparung hat Vorrang vor Energiegewinnung).
- Eine echte ökologische Steuerreform wird eingeleitet, die externe Kosten (also auch Klimafolgekosten) einbezieht, und so den Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe belastet. Diese Steuerreform muss die Förderprogramme zum Energiesparen, zur Energiewende und zur Verkehrswende begleiten.

### **4.6.2 Senkung der Kohlendioxidemissionen**

Es sind Strategien zur Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -optimierung zu fordern. Dazu gehört auch eine konsequente Raumordnungs- und Siedlungspolitik, die auf kurze und regionale Wirtschaftskreisläufe setzt.

Besonderes Gewicht soll dabei auf den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, Fahrrad- und Fußgängerverkehr gelegt werden. Insbesondere schienengebundene Verkehrssy-

steme werden gefördert. Der motorisierte Individualverkehr und der Flugverkehr werden einschränkend behandelt.